

# Durch fortschreitende Verelendung zum Generalstreik? : Widersprüche eines populären Narrativs

Autor(en): **Jaun, Rudolf / Straumann, Tobias**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Geschichtsfreund : Mitteilungen des Historischen Vereins Zentralschweiz**

Band (Jahr): **169 (2016)**

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-738036>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

**Durch fortschreitende Verelendung  
zum Generalstreik?  
Widersprüche eines populären Narrativs**

Rudolf Jaun, Tobias Straumann

1. Einleitung	21
2. Die Entwicklung des Lebensstandards	23
3. Die Beruhigung der politischen Lage im Sommer 1918	26
4. Arbeiterkongress Basel 1918: Reden über Verelendung, Generalstreik und Revolution	28
5. Generalstreik und die Einsatzplanungen der Armee	35
6. Die Auslösung des Landesstreiks: Truppenaufgebot – Proteststreik/Streik Zürcher Arbeiterunion – Landesgeneralstreik	41
7. Schluss	46
Bibliografie	49

## I. EINLEITUNG

Warum brach im November 1918 ein Generalstreik in der Schweiz aus? Bis in die späten 1960er Jahre war die Forschung durch die Vorstellung geprägt, es habe sich dabei um eine von Russland gesteuerte Aktion gehandelt. So wiesen zum Beispiel Ernst Gagliardi (1882–1940), Edgar Bonjour (1898–1991) und Peter Dürrenmatt (1904–1989) in ihren Darstellungen auf die starke Rolle von ausländischen Emigranten in Zürich hin.<sup>1</sup> Bonjour schrieb in seiner «Geschichte der Schweiz» von 1937: «Da gewann die Idee eines grossen Entscheidungskampfes mit Hilfe eines Landesstreiks festere Gestalt. Er war als Machtergreifung gedacht, als soziale Revolution zur Verwirklichung der sozialistischen Ziele. Der Sieg des Bolschewismus in Russland übte auf das schweizerische Proletariat eine bezaubernde, anfeuernde Wirkung aus...»<sup>2</sup>

Durch die Forschung von Willi Gautschi (1920–2004) und anderen ist diese Sicht stark relativiert worden.<sup>3</sup> Es handelte sich beim Generalstreik weder um eine von aussen hereingetragene Idee noch um eine revolutionäre Aktion. Ursachen waren vielmehr innere Spannungen und eigenständige politische Entwicklungen, die bis in die Vorkriegszeit zurückreichen. Die Relativierung der alten Sicht hat allerdings nicht zu einer Öffnung der Forschung geführt, sondern zu einer Auswechslung eines alten stereotypen Geschichtsbildes durch ein neues. An die Stelle der ausländischen Verschwörung trat ein Verelendungs- und Kulminationsnarrativ. Unter einem Narrativ verstehen wir eine Form der erzählenden Geschichtsdarstellung, bei welcher die Struktur des Erklärungszusammenhangs die Ordnung und Aussage der erzählten Geschichte festlegt. Sie produziert dabei moralische und werthafte Sichtweisen mit zentralen Bedeutungen für Individuen und soziale Kollektive.

Ein früher Vertreter dieser Richtung war der sozialdemokratische Historiker Valentin Gitermann (1900–1965). 1941 schrieb er in seinem Werk «Geschichte der Schweiz», der Generalstreik sei auf die «Verschärfung der Klassengegensätze» während des Kriegs zurückzuführen.<sup>4</sup> Gautschi unterstützt diese Sicht, auch wenn er das marxistische Vokabular ablehnt. Der erste Satz seiner Gesamtwürdigung lautet: «Eine unvoreingenommene und sorgfältig abwägende Prüfung der Faktoren, welche den Ausbruch des Landesstreiks begünstigten, führt zum Ergebnis, dass die Ereignisse vom November 1918 vorwiegend bewirkt wurden durch die wirtschaftliche Bedrängnis, in die breite Schichten des Schweizervolkes durch die Kriegsverhältnisse geraten waren. Die Empörung liegt hauptsächlich in Gegebenheiten begründet, die ökonomischen Ursprungs sind.»<sup>5</sup>

<sup>1</sup> GAGLIARDI, *Geschichte der Schweiz*, S. 1682–1684; DÜRRENMATT, *Schweizer Geschichte*, S. 623–629; BONJOUR, *Geschichte der Schweiz*, S. 648–656.

<sup>2</sup> Bonjour, *Geschichte der Schweiz*, S. 650. Weitere Belege für diese Historiographie finden sich bei Jost, *Stellenwert*, S. I–III.

<sup>3</sup> GAUTSCHI, *Der Landesstreik*. Weitere Studien, die seit den späten 1960er Jahren zu einer Revision des Geschichtsbilds geführt haben, finden sich bei JOST, *Stellenwert*, S. III–VII.

<sup>4</sup> GITERMANN, *Geschichte der Schweiz*, S. 545.

Seither ist das Verelendungsnarrativ zur Standardklärung geworden. Hans-Rudolf Kurz (1915–1990) schrieb bereits 1970: «Die zweifellos gewichtigste Ursache der Streikgeschehnisse vom Spätjahr 1918 ist in den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes zu suchen. Von der Teuerung, der Lebensmittelknappheit und den wirtschaftlichen Restriktionen aller Art wurden die Unselbständigerwerbenden, und unter ihnen vor allem die Arbeiter, weitaus am härtesten betroffen, wodurch die Gegensätze in gefährlicher Weise verschärft wurden.»<sup>6</sup> Marc Vuilleumier spricht 1977 gar explizit davon, dass es keinerlei abweichende Interpretation mehr gebe: «La cause essentielle des événements de 1918, tout le monde en convient aujourd’hui, c’est la baisse catastrophique des conditions de vie des ouvriers et des employés.»<sup>7</sup> Zuletzt erwähnte Georg Kreis die Verelendungsthese in seinem Überblick über den Ersten Weltkrieg: «Grössere Streiks hatte es bereits vor 1914 häufig gegeben. ... Der Landesstreik vom November 1918 kam in mehrfacher Hinsicht nicht aus heiterem Himmel: Es gab die erwähnten älteren Vorläufer. Und da waren die jüngeren Vorläufer schon 1916/17. Hinzu kam die Verschärfung des Elends sowie, in der allerletzten Kriegsphase, noch die Wiederkehr des Jahrestags der Revolution in St. Petersburg sowie des Jahrestags der Novemberunruhen in Zürich, beide 1917.»<sup>8</sup> Auch in Lehrmitteln und Ausstellungskatalogen findet man das standardisierte Verelendungs- und Kulminationsnarrativ – so wurde zum Beispiel in der Wanderausstellung zum Ersten Weltkrieg folgende Diagnose gestellt: «Die Lebensmittel werden ständig knapper und teurer und die Verbitterung in der Bevölkerung zeigt sich in Demonstrationen und Streiks. Bürgertum und Arbeiterschaft stehen sich immer unversöhnlicher gegenüber.»<sup>9</sup>

Neue Untersuchungen haben mittlerweile diese Monopoldeutung bereits aufgeweicht.<sup>10</sup> Eine stärker akzentuierte Forschungsdiskussion ist aber erst im Entstehen, und dazu versucht der folgende Aufsatz einen Beitrag zu leisten. Der erste Abschnitt zeigt anhand von kürzlich erschienenen Studien, dass es falsch ist, von einer fortschreitenden Verarmung der Arbeiterschaft zu sprechen. Ab Sommer 1918 stabilisierte sich die Lage dank staatlicher Massnahmen. Nur schon deswegen ist die Verelendungsthese falsch. Der zweite Abschnitt zeigt, dass ab Sommer 1918 auch politisch eine Entspannung stattfand, weil die Bundesbehörden bei wesentlichen Forderungen dem Oltener Aktionskomitee (OAK) entgegenkamen. Die drei folgenden Abschnitte versuchen schliesslich zu verdeutlichen, dass die Zuspitzung der politischen Fronten im November 1918 auf vier andere Faktoren zurückgeführt werden kann: erstens auf eine akute Angst der Zürcher

<sup>5</sup> GAUTSCHI, Der Landesstreik, S. 380.

<sup>6</sup> KURZ, Grenzbesetzung, S. 269.

<sup>7</sup> VUILLEUMIER, Grève générale, S. 466.

<sup>8</sup> KREIS, Insel, S. 213.

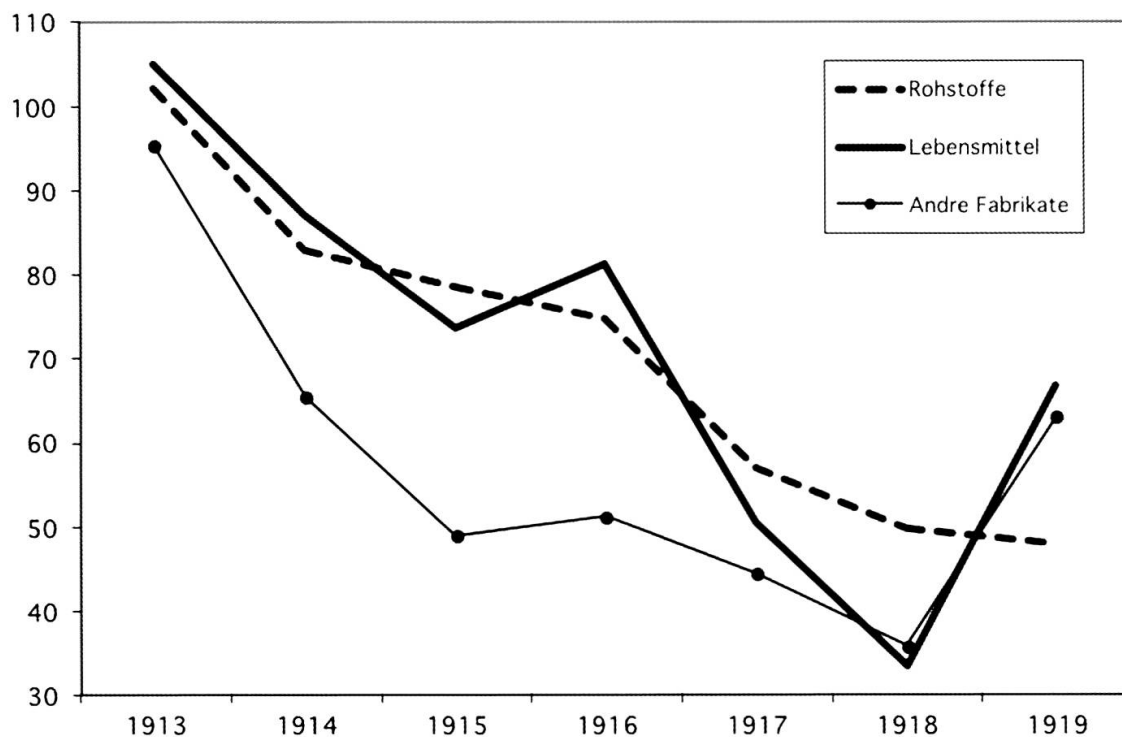
<sup>9</sup> Das Zitat stammt aus der Ausstellung im Historischen und Völkerkundemuseum in St. Gallen: «Im Atemzug der Zeit: St.Gallen und der 1. Weltkrieg», 8. Mai 2015 – 28. Februar 2016.

<sup>10</sup> AUDERSET/MOSER, Krieg als «Lehrmeister»; FLORIS, Körpergrösse; BRODBECK, Agrarpolitik; ROSSFELD/STRAUMANN, Einleitung; KRÄMER ET AL., Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte.

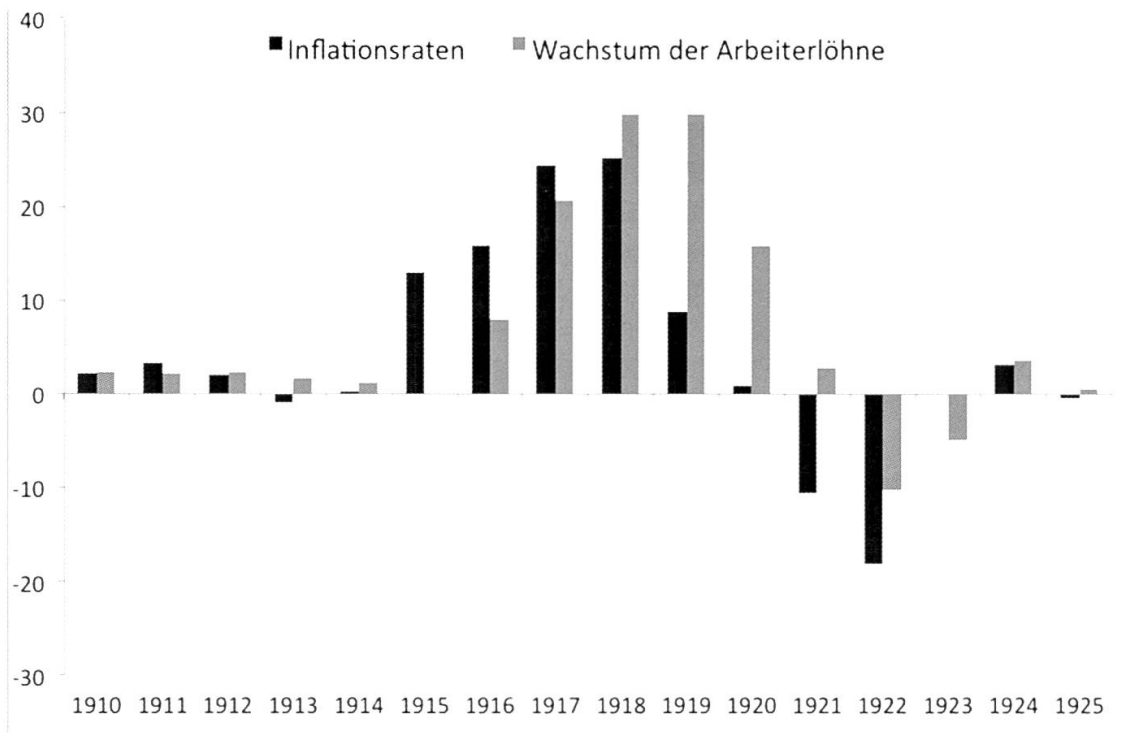
Regierung vor unkontrollierbaren Unruhen in der Stadt Zürich; zweitens auf ein latentes, nie hinterfragtes Revolutionsphantasma (zum Trugbild gesteigertes Denkbild) der Armeeführung; drittens auf den Machtkampf zwischen der Führung der Zürcher Arbeiterunion und dem OAK; und viertens auf den einen Machtkampf zwischen dem OAK, welches auf einen Truppenabzug beharrte, und dem Bundesrat, welcher nicht bereit war, die Armeeführung zu desavouieren. Der Aufsatz endet mit einem Schlusswort, das die wichtigsten Ergebnisse zusammenfasst und Vorschläge für künftige Forschung enthält.

## 2. DIE ENTWICKLUNG DES LEBENSSTANDARDS

Dass sich die Versorgung der Schweizer Bevölkerung während des Krieges verschlechtert hat, steht ausser Zweifel. Alle offiziellen Statistiken bestätigen dies. So gingen die Lebensmittelimporte gegenüber der Vorkriegszeit bis 1918 auf ein Drittel zurück, die Rohstoffimporte auf die Hälfte (Grafik 1). Deutlich sichtbar ist auch die dramatische Verschlechterung in den letzten beiden Kriegsjahren. Der Grund war der unbeschränkte U-Bootkrieg, mit dem Deutschland im Februar 1917 versuchte, die Blockade der Alliierten zu durchbrechen. Die deutschen Torpedos führten den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten im April 1917 herbei.



Grafik 1: Schweizer Importe nach Güterklassen, 1913–1919 (Mengen indiziert, Durchschnitt 1911–13 = 100) (Quelle: Geering 1928)



Grafik 2: Inflationsraten und Veränderung der Männerlöhne der Arbeiterschaft (Quelle: Historische Statistik)

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist das Missverhältnis zwischen der Zunahme der Konsumentenpreise und der Lohnsteigerungen (Grafik 2). Von 1914 bis 1918 stiegen die Konsumentenpreise um rund 100 Prozent, die Löhne durchschnittlich um rund 60 Prozent. Daraus resultiert ein Reallohnverlust von 40 Prozent. Ein dritter Indikator ist die hohe Zahl von notstandsberechtigten Personen. 1918 war ein Sechstel der Gesamtbevölkerung auf Notstandsunterstützung angewiesen, in den grossen Städten war es rund ein Viertel.<sup>11</sup> Besonders betroffen waren die Angehörigen von Soldaten: Fast die Hälfte von ihnen brauchte einen Beitrag an den Lebensunterhalt.<sup>12</sup>

Ist aber die Verschlechterung der Umstände gleichzusetzen mit einer Verelendung? Die oben genannten Indikatoren müssen mit Vorsicht beurteilt werden. Erstens existierten Vorräte in der Schweiz, so dass die Importzahlen allein nur ungefähre Angaben über den tatsächlichen Lebensstandard geben. Zweitens sind die aggregierten Männerlöhne unzuverlässig. Viele Betriebe haben den Teuerungsausgleich in der Form von Gratifikationen ausgerichtet, was sich nicht in der Lohnstatistik niederschlug. Um zu gesicherten Aussagen zu kommen,

<sup>11</sup> BÜRGI, Soziales.

<sup>12</sup> KREIS, Insel, S. 173.

<sup>13</sup> ROSSFELD/STRAUMANN, Einleitung; STRAUMANN, Grossunternehmen.

müsste man jede Branche und Region gesondert betrachten.<sup>13</sup> Drittens lässt sich die hohe Zahl der vom Staat unterstützten Personen dahingehend interpretieren, dass die Behörden handelten und Unterstützungsleistungen finanzierten und die Verelendung eben genau nicht zuliessen.

Des Weiteren muss man berücksichtigen, dass sich die Lage ab Sommer 1918 stabilisierte. Die Inflationsrate verlangsamte sich, und die Männerlöhne stiegen über das gesamte Jahr hinweg stärker als die Inflation, wie die obere Grafik zeigt. Ab April 1918 erhöhten sich die Kohleimporte wieder auf mehr als 200 Tonnen pro Monat – nach einem Rückgang auf 156 Tonnen im November 1917 und einer mehrmonatigen Stagnation zwischen 165 und 180 Tonnen pro Monat davor.<sup>14</sup> Nach grossen Transportschwierigkeiten schliesslich trafen ab Sommer 1918 umfangreiche Getreidelieferungen aus den Vereinigten Staaten ein.<sup>15</sup>

Eine zeitgenössische Berechnung der Basler Ökonomin Salome Schneider (1887–1949) aus dem Jahr 1919 bestätigt den Eindruck, dass der Begriff der Verelendung zu weit geht. Sie beobachtete zwar, dass der durchschnittliche Kalorienkonsum von 1912 bis 1917 stark zurückging – von etwa 4000 auf rund 2800 pro Tag. Gleichzeitig stellte sie fest, dass die Schweizer Bevölkerung immer noch gut da stand, denn der Wert von 2800 Kalorien pro Tag entsprach dem Konsum der italienischen und japanischen Arbeiter der Vorkriegszeit.<sup>16</sup>

Neue Forschungen zur Körpergrösse und dem Geburtsgewicht von Säuglingen bestätigen den Eindruck, den Schneiders Tabelle vermittelt. In seiner anthropometrischen Untersuchung stellt Floris (2015) fest, dass die durchschnittliche Körpergrösse der Unterschichten in der Stadt Zürich während des Ersten Weltkriegs zugenommen hat, während diejenigen der Mittel- und Oberschicht stagnierten oder leicht abnahmen.<sup>17</sup> Seine Analyse von Basler Geburtsdaten zeigt, dass das Körpergewicht von Säuglingen nicht signifikant abnahm, wenn die Mutter aus der Unterschicht stammte. Bei Säuglingen von Mittelschichtsmüttern hingegen kann Floris eine klare Abnahme konstatieren.<sup>18</sup>

Diese Beobachtung lässt vermuten, dass es den Behörden gelungen ist, die Versorgung der Bedürftigen einigermassen in den Griff zu bekommen. Sukzessive wurden die Mengen rationiert und wichtige Güter mit Subventionen gegen die Inflation abgesichert.<sup>19</sup> Der Lebensstandard nahm im Jahr 1918 nicht zu, aber er konnte zumindest stabilisiert werden. Zusammenfassend lässt sich sagen: Der Krieg brachte viel Entbehrung und Not, aber keine Verelendung.

<sup>14</sup> GEERING, Handel und Industrie, S. 95–96.

<sup>15</sup> BUNDESRAT, 11. Neutralitätsbericht, S. 216–217 und 268–269.

<sup>16</sup> SCHNEIDER, Volksernährung, S. 14: Das Niveau unserer heutigen Ernährung kommt am besten in der Kalorienzahl von 2789 zum Ausdruck; d.h.: unsere durchschnittliche Ernährung hat das Niveau der Ernährung der italienischen und japanischen Arbeiter erreicht!»

<sup>17</sup> FLORIS, Körpergrösse, Kapitel 4.

<sup>18</sup> FLORIS, Körpergrösse, Kapitel 7.

<sup>19</sup> Siehe die Übersicht bei KÄPPELI, Lebensmittelversorgung.



### 3. DIE BERUHIGUNG DER POLITISCHEN LAGE IM SOMMER 1918

Die Entwicklung der politischen Lage im Jahr 1918 spricht ebenfalls dagegen, eine direkte Linie von der Verschlechterung des Lebensstandards zum Landesstreik zu ziehen.<sup>20</sup> Ein erster Schritt zur politischen Entspannung geschah bei der Frage des Milchpreises. Zunächst deutete alles auf eine Eskalation hin. Anfangs April 1918 beschloss der Bundesrat einen markanten Preisanstieg, der selbst von der FDP sofort kritisiert wurde. Kurz darauf schloss sich das OAK dem Protest an. Der Bundesrat reagierte bald, indem er eine dringliche Session des Bundesparlaments auf den 16. April 1918 einberief. Es kam ein Kompromiss zustande, der selbst von der sozialdemokratischen Bundeshausfraktion mitgetragen wurde.<sup>21</sup> Der Vorgang war bemerkenswert. Nicht nur nahm der Bundesrat sofort Rücksicht auf die Kritik aus den eigenen Reihen, sondern war bereit, das Parlament einzuberufen und somit das Vollmachtenregime freiwillig einzuschränken.

Im Sommer kam es zu einer weiteren Entspannung der politischen Lage. Am 31. Juli und 1. August 1918 hatten sich eine Delegation des Bundesrats und das vollzählige OAK in Bern zu drei Konferenzen getroffen, um Forderungen der Linken zur Verbesserung der materiellen Lage zu besprechen. Es ging um folgende elf Punkte, die das OAK an seiner Sitzung vom 20. Juli 1918 beschlossen und dem Bundesrat zwei Tage später zugesandt hatte:

1. Aufhebung des Bundesbeschlusses vom 12. Juli 1918 betreffend die Unterstellung des Vereins-, Versammlungs- und Demonstrationsrechtes sowie der Ausübung der Pressefreiheit unter die polizeiliche Kontrolle der Kantone.
2. Aufhebung des Bundesbeschlusses betr. die Zurückweisung fremder Deserteure an den Landesgrenzen.
3. Errichtung eines eidgenössischen Ernährungsamtes in Verbindung mit einem Beitrag, in dem die Arbeiterschaft ihrer Bedeutung entsprechend vertreten ist.
4. Bessere Rationierung und Verteilung der Lebensmittel in Berücksichtigung der besonderen Ernährungsschwierigkeiten der arbeitenden Bevölkerung.
5. Streckung der Vorräte an Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen durch Herstellung von Einheitswaren und Festsetzung von Einheitspreisen.
6. Konzessionierung des privaten Grosshandels und Kontrolle der Preisbildung unter Mitwirkung der Arbeiterschaft.
7. Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohle durch eine zu konzessionierende Einfuhr- und Verteilungsstelle der Arbeiterschaft.
8. Errichtung von paritätischen Lohnämtern mit der Befugnis, die Löhne wichtiger Industrien regional oder kantonale zu ordnen.
9. Reduktion der Arbeitszeit durch Bundesratsbeschluss, unter Berücksichtigung der durch die Ernährungsschwierigkeiten erfolgten Verminderung der körperlichen Leistungsfähigkeit.

<sup>20</sup> Für einen Überblick siehe COTTIER, Liberalismus, Kapitel 4.

<sup>21</sup> GAUTSCHI, Landesstreik. S. 115–121.

10. Förderung des kommunalen oder genossenschaftlichen Wohnungsbaues durch Gewährung von Kapitalvorschüssen zu ermässigtem Zinsfuss durch den Bund.
11. Nachteuerungszulage und Vorschussgewährung an das eidgenössische Personal sowie Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den eidgenössischen Betrieben und Verkehrsanstalten.»<sup>22</sup>

Der Bundesrat kam in den meisten Punkten weit entgegen.<sup>23</sup> Vor allem willigte er ein, ein Eidgenössisches Ernährungsamt zu schaffen, in dessen Beirat das OAK drei der zehn Sitze zugesprochen erhielt. An einem Treffen vom 7./8. August 1918 kamen der Gewerkschaftsausschuss, die Geschäftsleitung der SPS und das OAK zum Schluss, dass der Bundesrat «grosse Zugeständnisse» gemacht habe.<sup>24</sup> Die Berner Tagwacht schrieb am 10. August 1918, die Generalstreikaktion sei «als beendet zu betrachten».<sup>25</sup>

Die Verständigungspolitik führte dazu, dass das OAK bei der Ausrufung des Generalstreiks nur mit einer Forderung auf die Ernährungssituation einzuwirken versuchte: «Sicherung der Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten» (Forderung Nummer 6). Aufschlussreich ist ferner der erste Satz des Flugblatts des OAK vom 7. November 1918, mit dem zum Proteststreik aufgerufen wird: «In einem Augenblick, da unsere Bewegung in einem Ruhestadium sich befand, hat der Bundesrat die Arbeiterschaft mit einem Massenaufgebot von Truppen überrascht.»<sup>26</sup>

In der Tat hatte das OAK seit längerem nicht mehr über den Generalstreik gesprochen. Zudem fand am 10. Oktober 1918 ein weiteres Treffen zwischen einer Bundesratsdelegation und dem OAK in Bern statt. Zwar machten die Arbeitervertreter starke Vorwürfe an die Behörden, weil gewisse Forderungen trotz Versprechungen ihrer Meinung nach zu wenig schnell umgesetzt wurden. Gautschi kommt aber zum Schluss: «Man hat den Eindruck, dass über konstruktive Probleme in ernsthafter Weise verhandelt wurde und dass es in diesem Sinne dem Oltener Komitee gelungen war, über soziale und wirtschaftliche Fragen auf gleichberechtigter Ebene mit dem Bundesrate zu verkehren.»<sup>27</sup>

Auch an der ordentlichen Sitzung des OAK vom Mittwoch, 6. November 1918, deutete nichts darauf hin, dass die wirtschaftspolitische Verständigungspolitik mit dem Bundesrat gescheitert war.<sup>28</sup> Das Hauptthema war vielmehr der

<sup>22</sup> Volksrecht, 23. Juli 1918.

<sup>23</sup> Bereits die schriftliche Antwort auf die elf Forderungspunkte schlug konziliante Töne an: siehe GAUTSCHI, Dokumente, S. 106–110: Antwort des Bundesrates an das Oltener Aktionskomitee (Bern, 26. Juli 1918).

<sup>24</sup> Zitiert in GAUTSCHI, Der Landesstreik, S. 145.

<sup>25</sup> Zitiert in GAUTSCHI, Der Landesstreik, S. 146.

<sup>26</sup> GAUTSCHI, Dokumente, S. 204–206: Aufruf des Oltener Komitees zum Proteststreik (kursive Hervorhebung von den Autoren).

<sup>27</sup> GAUTSCHI, Landesstreik, S. 152–153.

<sup>28</sup> Protokoll der 20. Sitzung des OAK, 6. November 1918, abgedruckt in OAK, Landesstreik-Prozess, S. 322–324.

Konflikt mit der Zürcher Arbeiterunion aufgrund von Zeitungsartikeln im «Volksrecht». In seinem einleitenden Votum begründet Konrad Ilg (1877–1954), Zentralsekretär des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes (SMUV), gar die Einberufung der Sitzung damit: «Ilg erläutert, warum eine Sitzung notwendig war. In einem Teil der Presse hatte gegen das Aktionskomitee eine Hetze eingesetzt...» Karl Dürr (1875–1928), Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), ergänzte. «es könne so, wie es jetzt sei, nicht mehr weitergehen. Die ganze Tätigkeit des Aktionskomitees sei lahmgelegt durch die elenden Anrempelungen, wie sie vom «Volksrecht» und einigen Genossen getrieben werden. Die Geschäftsleitung [der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz] habe die Pflicht, das Aktionskomitee zu decken oder aber die Aufhebung zu beantragen. Wenn der jetzige Zustand weiterbestehen soll, müsse man sich für die gänzliche Aufhebung des Aktionskomitees erklären.» Dürres Antrag wurde schnell verworfen. Dafür beschloss man, den OAK-Vorsitzenden Robert Grimm (1881–1958) mit der Ausarbeitung der Broschüre zu beauftragen. Den Rest der kurzen Sitzung – sie dauerte nur zwei Stunden – widmete man sich einer Personalfrage und der Grippebekämpfung.

Nur einen Tag später änderte sich die Lage vollständig. Der Bund bot Truppen auf, das OAK protestierte dagegen und beschloss einen Proteststreik am Samstag, 9. November 1918. Damit nahmen die Ereignisse eine völlig unerwartete Wendung.

#### 4. ARBEITERKONGRESS BASEL 1918: REDEN ÜBER VERELENUNG, GENERALSTREIK UND REVOLUTION

Wenn weder die Entwicklung des Lebensstandards noch der Verlauf der politischen Auseinandersetzung zu erklären vermögen, warum der Generalstreik im November 1918 ausbrach, müssen andere Faktoren ausschlaggebend gewesen sein. Unsere Einschätzung ist, dass die Machtkämpfe innerhalb der Arbeiterbewegung zu einem wesentlichen Teil zum Streikausbruch beitrugen. Die Auseinandersetzung war zudem überwölbt von einem Diskurs, dessen innere Logik es der radikalen Zürcher Arbeiterunion erlaubte, die gemässigten Stimmen vor sich her zu treiben. Im Zentrum stand ein Verelendungsnarrativ, das zwingend einen Generalstreik implizierte.

Der linke Diskurs lässt sich sowohl in den führenden Parteiblättern (Berner Tagwacht und Volksrecht) fassen, aber auch im Text des vollständig publizierten Protokolls des Schweizerischen Arbeiterkongresses vom 27./28. Juli 1918 in Basel, welcher hier einer eingehenden Betrachtung unterzogen wird.<sup>29</sup> Die an diesem Kongress erfolgten Wortmeldungen reflektieren in einmaliger Weise die Denkhorizonte der Partei- und Gewerkschaftsvertreter im Moment als das OAK den Bundesrat zum dritten Mal mit einem Forderungskatalog zur Verbesserung der Lebensverhältnisse konfrontiert und diesen Forderungen allenfalls mit einem

<sup>29</sup> PROTOKOLL, Arbeiterkongress 1918.

Generalstreik nachhelfen will. Die zentrale Frage lautet: unmittelbarer Generalstreik oder Verhandlungen und allenfalls Generalstreik. Der Kongress entscheidet sich mit 277 zu 4 Stimmen für Verhandlungen und optional bei ungenügenden Zugeständnissen für Landesstreik.<sup>30</sup> Die Zugeständnisse werden in der Folge im August 1918 für genügend erachtet und die Option Generalstreik fallengelassen. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass von den 33 Rednern nur sieben (vier Angehörige des OAK) für die Option Verhandeln/Generalstreik votierten, die übrigen 27 dagegen direkt zum Landes-Generalstreik schreiten wollten, manche sofort und ultimativ am 1. August. Diese Zahlenverhältnisse weisen darauf hin, dass bei der erklecklichen Mehrheit der Redner grosse Erwartungen und ein weitgespanntes Verständnis eines unmittelbar auszulösenden Generalstreiks bestand. Im Hinblick auf die den Landesstreik endgültig anstossende Fortsetzung des Proteststreiks vom 9. November durch die Zürcher Arbeiterunion, erscheinen die hohe Anzahl und der Inhalt der Wortmeldungen aus Zürich und Umgebung mit 16 von insgesamt 33 Voten von Interesse. Das gesamte Textkorpus der Sprecher erlaubt in einmaliger Weise, die Gravitationsfelder der Gedanken und Argumente dieses Redens zu verfolgen. Diese Redetexte ermöglichen, die mittels eines hermeneutischen Zirkels gewonnen Aussagefelder zu untersuchen. Zuerst soll aber das Eintritts- und Schlussvotum des Vorsitzenden Robert Grimm integral analysiert und kontextualisiert werden. Kein Redner erhält so viel Raum wie der Vorsitzende Grimm und kein anderer Redner erhält die Chance, seine Gedanken in den grösseren Zusammenhang des marxistischen Parteiprogramms der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zu stellen.

<sup>30</sup> PROTOKOLL, Arbeiterkongress 1918, S. 77.

# Protokoll

des

## Allgemeinen Schweizerischen Arbeiterkongresses

Samstag den 27. und Sonntag den 28. Juli 1918

in der Burgvogtei in Basel

Beginn Samstag den 27. Juli 1918, vormittags 10 Uhr



1918 :: Unionsdruckerei Bern (Genossenschaft) :: 1918

*Das Protokoll des Allgemeinen Schweizerischen Arbeiterkongresses 1918 gibt die ungekürzten Wortmeldungen der Vertreter der SPS und der Gewerkschaften wider und zeigt die Dominanz der radikalen Zürcher Arbeiterunion (Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich).*

Als verbindendes Zentrum der Aussagen erscheint der Aussagekomplex «Verelendung/Not und Kampf». Ausgehend von diesem zentralen Denkmuster lassen sich die Redetexte entlang folgender Aussagecluster deuten: «Dringlichkeit einer Aktion», «Überlegenheit gebündelter Kraft» und «Machtandrohung» sowie «Selbstkritik und Warnung».

Dem Vorsitzenden Grimm ist es vorbehalten, die soziale und wirtschaftliche Situation der Schweiz im fünften Kriegsjahr in den europäischen Kontext einzuordnen. Für Grimm ist der Erste Weltkrieg eine «Entwicklung der Extreme», eine starke Akzentuierung der in der bürgerlichen Gesellschaft angelegten Klassengesellschaft: «Da wir in einer Klassengesellschaft leben, äussern sich diese Extreme in einer Verschärfung der Klassenlage und in eine Verschärfung der Klassenherrschaft.» Der Krieg hat «der Profitwirtschaft einen unangemessenen Spielraum für die Ausbeutung eröffnet, der in allen Ländern derselbe ist.»<sup>31</sup> Auch in der Schweiz: «Wir stehen nicht im Kriege, aber wir haben seit 4 Jahren die Vorbereitungen zum Kriege». In Verkennung der effektiven Aufwendungen für die grösstenteils demobilisierten Truppen des Neutralitätsschutzdienstes sowie vor dem Hintergrund des Klassenkampf-Paradigmas parallelisiert Grimm die Situation der Schweiz mit den kriegführenden Ländern, welche seit 1915 einen zunehmenden Wirtschaftskrieg führten, der im Juli 1918 bereits zu Gunsten der Entente entschieden war: «Im allgemeinen haben wir also die gleichen Erscheinungen wie im kriegführenden Ausland. Ich brauche nur stichwortweise an die Tatsachen zu erinnern, an den Reichtum und Überfluss auf der einen, Armut und Verelendung auf der andern Seite, an die Praktiken der Profithascher, die seit 1914 nicht etwa gemildert, sondern systematisch ausgebaut worden sind. Unsere Bourgeoisie stellt sich heute dar als eine Aktienkompanie zur Ausbeutung des Volkes und ihr Prophet ist der schweizerische Bundesrat. ... Wenn wir die Klassenlage der Bourgeoisie und die soziale Lage der Arbeiterschaft einander gegenüberstellen, so konstatieren wir, dass die Bourgeoisie sich märchenhaft bereichern konnte, während die Arbeiterschaft tatsächlich der Verarmung und Verelendung entgegengeführt worden ist. Der Gegensatz zwischen den zwei Klassen in der Gesellschaft ist heute viel grösser, tiefer und geschichtlich weittragender als 1914.»<sup>32</sup>

«Verarmung und Verelendung» sind für Grimm die Anzeichen der gesellschafts- und geschichtsimmanenten, durch den Krieg gesteigerten, Klassengegensätze. Klassengegensätze, welche durch die Macht des Bundesrats einseitig geschützt werden und deshalb durch einen Machtkampf zu brechen sind: «Wenn der Bundesrat heute noch nicht begriffen hat, dass die Arbeiterschaft einen massgebenden Einfluss zu beanspruchen hat, so muss ihm das begreiflich gemacht werden, und zwar, wenn es nicht anders geht, mit dem letzten und schärfsten Mittel, dem Streik,» um «den Glauben unserer Gegner zu zerstören, als ob der Arbeiter der Schweiz gleich wie die Arbeiter im Auslande langsam verhungern wolle, um die Schlemmer im eigenen Lande zu erhalten. Darin sollen sich unsere

<sup>31</sup> PROTOKOLL, Arbeiterkongress 1918, S. 6.

<sup>32</sup> PROTOKOLL, Arbeiterkongress 1918, S. 7.



*Burgvogtei Basel. Tagungsort des Allgemeinen Schweizerischen Arbeiterkongresses 1918 (Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich).*

Gegner täuschen. Sie sollen wissen: wenn wir von Streik reden, so ist es nicht eine leichtfertige Phrase, sondern es ist uns bitter ernst.»<sup>33</sup> Die Trikolore der Fahnensprüche «Verarmung, Verelendung, Verhungern» schwenkt Grimm weiter bis zur dunkeln Androhung, dass das gemarterte Opfer den grausamen Täter bis zur gegenseitigen Vernichtung bekämpfen werde: «Setzt ihr schon alles auf das Spiel, nun wohl! so wisset, dass wir nicht allein langsam zugrunde gehen, dass ihr, die ihr uns zum Äussersten treibt, mitzukommen habt!» und droht unverhohlen: «Die Herren vergessen, dass revolutionäre Situationen ihre eigene Gesetze haben und diesen folgen». Es gehe darum, «die Stellung der Arbeiterschaft zu behaupten gegenüber der Reaktion und einen Schritt vorwärts zu machen im Interesse des Sozialismus und der Erreichung des sozialistischen Endziels.»<sup>34</sup>

Grimm, der stets zwischen der «Taktik der Propaganda» und der «Taktik der Aktion» unterschied, adressierte sowohl den Bundesrat, welchem er mit Generalstreik drohte, wenn der Forderungskatalog nicht akzeptiert werde wie auch die Vertreter der Partei und der Gewerkschaften, welchen er vor dem Hintergrund seines marxistischen Geschichtsverständnisses glauben machte, mit oder

<sup>33</sup> PROTOKOLL, Arbeiterkongress 1918, S. 20.

<sup>34</sup> PROTOKOLL, Arbeiterkongress 1918, S. 97

ohne Generalstreik für den Sozialismus zu wirken und bei günstiger internationaler Konstellation dem sozialistischen Endziel, der Ablösung der bürgerlichen Klassenherrschaft zu zuarbeiten. «Wenn wir vorwärts gehen wollen, hängt es nicht nur davon ab, wie kleine revolutionäre Klubs in der Schweiz, oder wie wir alle in der Schweiz denken, sondern es hängt tatsächlich vom Stand der internationalen revolutionären Stimmung ab.»<sup>35</sup> Grimm wollte vorwärts gehen: Die Revolution der bürgerlichen Klassenherrschaft musste kommen, mit oder ohne Generalstreik.<sup>36</sup>

Seine dramatische, für beide Adressaten verwendbare moralische Formel «Verarmung und Verelendung – Hungertod der Arbeiterklasse und Tod der Bürgerklasse» bildete die Legitimation seiner Botschaft an den Bundesrat wie an die organisierte Arbeiterschaft. Sie diente sowohl der Legitimität der Sprengung des Verhältnisses von Täter und Opfer wie der moralischen Legitimation der Taktik der Aktion zwischen Forderungskatalog und Generalstreik. Die Formel machte alle empirischen Evidenzen der Verbesserung der Lebenslage im Laufe des Jahres 1918 überflüssig. Sie diente der Legitimation der Option Generalstreik wie der Aufrechterhaltung der Selbstvergewisserung der organisierten Arbeiter auf ihrem Weg zur Überwindung der ausbeuterisch gehaltenen Klassenherrschaft. Sie legte im Juli 1918 die Grundlage eines Landesstreik-Narrativs, welche das Ereignis Landesstreik vom November 1918 überlebte, die Zwischenkriegszeit und die Nachkriegszeit bis zum Jahre 1968 als Kernbestand der Arbeitergeschichtsschreibung überwinterte, um seit den 1970er Jahren zum unhinterfragten «Common Sense» der Schweizer Geschichte zu werden.<sup>37</sup>

Eine Betrachtung der 33 Voten und des Abstimmungsverhaltens der Delegierten des Arbeiterkongresses lässt erkennen, dass die grosse Mehrheit der Abgeordneten aus dem Verelendungs-Narrativ andere Schlüsse zog, als der zwischen Marxismus, Taktik der Propaganda und Taktik der Aktion schwankende Grimm. Die grosse Mehrzahl der Delegierten forderte eine Aktion der Tat. Kampf und Aktion werden zu Codeworten des Dranges zur Tat. Es gehe um «etwas Grosses», es gehe darum, den «grossen Kampf» zu beginnen, «nun einmal in den Kampf zu treten und nicht länger dieses Spiel des Schwankens fortzuführen». Und: «Man soll nicht kommen und alle Leidenschaften aufwühlen, uns unser ganzes Elend vor Augen halten, um zuletzt wieder zu sagen: wir setzen nochmals eine Frist fest ... man dann endlich einmal in die Lage kommen sollte, zu handeln

<sup>35</sup> PROTOKOLL, Arbeiterkongress 1918, S. 13.

<sup>36</sup> Robert Grimm produzierte gegenüber allen Adressaten, wie seine Reden während dem Arbeiterkongress 1918 in Basel, während dem Landesstreik im Nationalrat am 13. November 1918 und dem Landesstreik-Prozess von 1919 zeigen, einen intransigenten Marxismus, welcher am Niedergang des Kapitalismus, der geschichtsnotwendigen Revolution und der Machtübernahme der Arbeiterklasse festhielt.

<sup>37</sup> VUILLEUMIER, Grève générale, S. 55; Jost, Robert Grimm, S. 21. «La cause essentielle des événements de 1918, tout le monde en convient aujourd'hui, c'est la baisse catastrophique des conditions de vie des ouvriers et des employés» (VUILLEUMIER, Grève générale, S. 11).

<sup>38</sup> PROTOKOLL, Arbeiterkongress 1918, S. 34.

und etwas zu wagen, ... den Achtsturentag verlangen, Minimallohn, Beschlagnahme der Lebensmittel und Verteilung unter der Kontrolle der Arbeiter, und dass wir vor allem auch politische Forderungen stellen».<sup>38</sup> In die Forderung, ohne Verhandlungen unverzüglich in einen Landes-Generalstreik zu treten, mischen sich Forderungen nach direkten Aktionen der Beschlagnahme – «Haussuchungen nach Hamstervorräten» – und der Forderung, «nach achtstündiger Arbeitszeit die Arbeit zu verlassen.»<sup>39</sup> Eine zweite Zielrichtung der Appelle für einen unmittelbaren Generalstreik ohne Verhandlungen mit dem Bundesrat, visierte die Auslösung einer Bewegung an, welche mit einer revolutionären Umwälzung der gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse enden könnte: «Wenn wir heute den Kampf aufnehmen, so können wir sicher sein, dass er nicht nur eine allgemeine Arbeitsniederlegung sein wird und damit enden wird, sondern dass er sich weiter spinnen wird.»<sup>40</sup> Insbesondere die Vertreter der Zürcher Arbeiter-Union vertraten eine Spielart des Generalstreiks, welche über die Verbesserung der Lebenshaltung und der Einbindung von Arbeitervvertretern in staatliche Behörden hinausging: «Wenn wir stark genug wären, die Aktion bis in die letzten Konsequenzen durchzuführen, dann müsste sie zur Diktatur des Aktionskomitees ... führen und es müssten alle diese Behörden mit bürgerlichen Mehrheiten absolut und automatisch ausgeschaltet werden. Dann ist die Zeit, die Arbeiterräte zu wählen, wenn die Diktatur an das Aktionskomitees übergegangen ist.»<sup>41</sup> Die Voten der Zürcher Arbeiter-Unions-Delegierten waren von Machtwünschen und Dominanzphantasmen der organisierten Arbeiterschaft durchzogen.<sup>42</sup> Sie glaubten an die «Massenaktion, eines die ganze lohnarbeitende Bevölkerung umfassenden Generalstreiks», der an die 1916 einsetzende «Streikwelle» anschliesse, «die sich bis heute zu einer reissenden Flut gesteigert hat.»<sup>43</sup> Doch selbst der Lenin-Freund und Anhänger einer gewaltorientierten Machtergreifung, Fritz Platten (1883–1942), gab seinen Zürcher Mitstreitern zu bedenken, dass die Zeit der Revolution in der Schweiz noch nicht gekommen sei: «Gewiss man kann andere Forderungen aufstellen, nur muss dann die Frage aufgeworfen werden: Generalstreik oder Revolution. Wenn wir über diese Forderungen hinausgehen, dann kommt der revolutionäre Kampf. Ich sage offen, dass der revolutionäre Kampf heute von unserer Arbeiterschaft noch nicht ausgelöst werden kann, sondern dass man heute realpolitische Forderungen aufstellen muss.»<sup>44</sup> Das «Programm von Zürich», welchem Ernest Graber, «die Fähigkeit» attestierte, «den vollständigen Kollektivismus einzuführen», wurde für einen Landes-Generalstreik als nicht anwendbar erachtet.<sup>45</sup> Was die zahlreichen Voten der Zürcher Delegierten aber aufzeigten, war die hohe Bereitschaft der Zürcher Arbeiterunion, sich in

<sup>39</sup> PROTOKOLL, Arbeiterkongress 1918, S. 51.

<sup>40</sup> PROTOKOLL, Arbeiterkongress 1918, S. 50.

<sup>41</sup> PROTOKOLL, Arbeiterkongress 1918, S. 93.

<sup>42</sup> FENNER, Partei und Parteisprache, S. 124.

<sup>43</sup> PROTOKOLL, Arbeiterkongress 1918, S. 28.

<sup>44</sup> PROTOKOLL, Arbeiterkongress 1918, S. 33.

<sup>45</sup> PROTOKOLL, Arbeiterkongress 1918, S. 59.





Morddrohungen an den SP-Nationalrat Robert Grimm (1881-1958) und die anderen Mitglieder des Oltener Komitees durch die "Schwarze Hand" (Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich).

einen Generalstreik mit machtpolitischen Forderungen einzulassen und für die gesamte Schweiz den Lead zu übernehmen. «Wenn unsere Genossen aus Zürich aus vollem Herzen und sehr zahlreich gesprochen haben, so deshalb, weil bei uns die Aktion organisatorisch bis ins letzte vorbereitet ist und weil die Genossen der Meinung waren, dass man auch anderwärts etwas rascher bereit sei, loszuschlagen.»<sup>46</sup>

Dieses Votum von Ernst Nobs (1886–1957), Volksrechts-Redaktor und einflussreiches Mitglied der Zürcher Arbeiter-Union deutet die grosse Bandbreite der Positionen zum politischen Mittel des Generalstreiks an, aber auch die fast geschlossene Haltung der Zürcher Delegation, welche eine aktionistische Position einnahm und bereit war, alle Optionen eines politischen Machtwechsels mit einem Generalstreik auszutesten. Dem stand neben Ernest Paul Graber (1875–1956), als Vertreter der Westschweiz, eine weitere gewichtige Stimme aus Zürich entgegen: Herman Greulich (1842–1925), der mit seinen 76 Jahren und reichen Erfahrungen als Arbeitersekretär so etwas wie der Übervater der Zürcher und Schweizer Arbeiterbewegung war. Er verlangte, «dass wir uns auch darüber einigen können, dass von einem revolutionären Generalstreik, in den (!) die ganze Geschichte umgeorgelt werden soll, keine Rede sein kann.»<sup>47</sup> Und er wies als einziger Redner auf die Problematik der mit Gewalt agierenden Streikposten im Rahmen eines Generalstreiks hin: «Zur Teilnahme am Streik darf niemand mit

<sup>46</sup> PROTOKOLL, Arbeiterkongress 1918, S. 92.

<sup>47</sup> PROTOKOLL, Arbeiterkongress 1918, S. 88.

körperlicher Gewalt gezwungen werden. Ein Streik von der Art, wie er hier in Aussicht genommen ist, unterscheidet sich von einem Streik, den eine Gewerkschaft für bestimmte wirtschaftliche Forderungen unternimmt.»<sup>48</sup> Greulich gestand, von einem Generalstreik nach gescheiterten Verhandlungen mit dem Bundesrat, nur mit einem «Opfer des Intellekts» nicht abraten zu wollen.

Diese Aussagen zeigen, dass zwischen den Vorstellungswelten der Mitglieder des Oltener Komitees und den zahlreichen am Kongress auftretenden Wortführern der radikalen Arbeiter-Unionen eine erhebliche Differenz bestand. Während das Oltener Komitee, allen voran Robert Grimm, mit dem Drohmittel eines optionalen Landesstreiks und einer penetranten Opfer-Rhetorik eine Politik des Bargainings vertraten, repräsentierte die Mehrheit der Sprecher des Arbeiterkongresses, allen voran die Vertreter der Zürcher Arbeiter-Union, eine Position, welche den Generalstreik als expressive Tat zwischen Ohnmacht und Kampfentschlossenheit mit dem Phantasma einer Machtübernahme verbanden. Was beide Positionen im August 1918 verband war ein Not- und Verelendungsdiskurs, welcher in der Entwicklung der Lebenshaltung seit 1917 eine evidente Basis hatte, und den Generalstreik als politisches Mittel legitimierte. Nach der Trendwende in der Versorgung mit Lebensmitteln und der Kaufkraft im Sommer 1918 aber zunehmend zum Signum des unausgesetzten Klassenkampfes wurde. Der Verelendungs-Diskurs wurde abgehoben von der Entwicklung der Lebenshaltung zum Kern des Glaubens an die Klassenverhältnisse und den daraus entspringenden Klassenkampf.

## 5. GENERALSTREIK UND DIE EINSATZPLANUNGEN DER ARMEE

Der Machtkampf innerhalb der Linken, überwölbt vom Verelendungsdiskurs, ist aber nur eine Ursache für den Ausbruch des Generalstreiks im November 1918. Ein zweiter, ebenso wichtiger Grund ist die Verengung und Verfestigung der Denkbilder über den vom OAK angedrohten Generalstreik innerhalb der Armeeführung.

Der Bundesrat und die Armeeführung begannen nach dem ersten Allgemeinen Arbeiter Kongress in Basel vom 27./28. Juli 1918 sich näher mit den Herausforderungen eines nationalen Generalstreiks zu befassen. Während sich das OAK zunehmend auf eine «Ruhephase» seiner Bewegung einrichtete, begann im Generalstab der Armee ein intensives Planen im Falle einer nächsten Generalstreiksoption des OAK. Diese Planungen werden im Folgenden einer näheren Betrachtung unterzogen und darauf mit der Lagebeurteilung und den Entschlussanträgen General Ulrich Willes (1848–1925) in Bezug gesetzt.

Die Verhandlungen und Beschlüsse des Basler Arbeiterkongresses waren durch die Presse und das gedruckte Wortprotokoll alsbald bekannt. Bereits am Tage nach dem Kongress wollte der Oberbefehlshaber der Schweizer Armee vom

<sup>48</sup> PROTOKOLL, Arbeiterkongress 1918, S. 89.

Bundesrat wissen, ob er willens sei, in Hinsicht auf einen Generalstreik Truppen bereit zu stellen und auf einen Einsatz vorzubereiten. Offenbar ging Wille davon aus, dass Verhandlungen scheitern würden und das vom Arbeiterkongress mandatierte OAK demnächst einen Generalstreik auslösen werde. Davon ging auch Unterstabschef Claude de Perrot (1870–1942) aus, welcher im Auftrag von Generalstabschef Theophil von Sprecher (1850–1927) am Arbeiterkongress teilgenommen hatte und am 31. Juli diesem «einige Vorschläge zur Verhinderung eines allgemeinen Landesstreiks» unterbreitete.<sup>49</sup> Beide bringen zum Ausdruck, dass Massnahmen zu treffen sind, um einen Generalstreik zu verhindern. Während Wille vom Bundesrat wissen will, welche «Massregel» zu treffen ist, «um zu verhindern, dass er ausbricht, resp. um zu machen, dass er gleich harmlos und erfolglos im Sand verläuft, wenn er begonnen ist»<sup>50</sup>, empfiehlt der Unterstabschef seinem Chef gleich handfeste Massnahmen. De Perrot geht in seiner Lagebeurteilung davon aus, dass ein Streik nur nebenbei das Ziel habe, «russische Verhältnisse in die Schweiz einzuführen», sondern er soll «in erster Linie das Zeichen zum Ausbruch der europäischen Revolution geben».<sup>51</sup> Diese Interpretation der Verhandlungen des Basler Arbeiterkongresses scheint einer sehr fiebrigen, die Sachverhalte verkehrenden Interpretation geschuldet zu sein. Sie führt ihn dazu, einen Generalstreik der im OAK zusammengeschlossenen Arbeiterorganisationen ausschliesslich als Revolutionsversuch zu begreifen und dem Gegner ein professionelles, generalstäblich geschultes Vorgehen zu unterstellen. Unterstabschef de Perrot wird selbst zum Revolutionär und entwickelt in einer minutiösen Phantasmagorie, wie das OAK und die Arbeiterunionen die Revolution generalstäblich planen und anlegen würde: «1. In der Nacht vor dem Losschlagen werden alle Städte und Landesgegenden durch Durchschneiden der Telegraphen- und Telephonleitungen voneinander isoliert werden. Die Drähte sind leicht abzufeilen. 2. In der gleichen Nacht werden verhaftet: Die Bundesräte, die Offiziere vom Armeekommando, die kantonalen Regierungsräte, ... 3. Die Zeughäuser und Munitionsdepots werden von Jungburschen besetzt. 4. Der Eisenbahnverkehr wird eingestellt. 5. An allen Städte-Ausgängen werden Jungburschen-Posten aufgestellt, um den Verkehr zwischen den Ortschaften einstellen zu können. 6. In den Hauptzentren Bern, Biel, Zürich, Winterthur, St. Gallen etc. werden provisorische Behörden, in Bern oder Zürich eine neue Landesregierung ausgerufen werden.»<sup>52</sup> De Perrot ging davon aus, dass diese Revolution überraschend, gezielt und geführt ausgelöst werde und die Armee in «einem ungeleiteten Guerilla-Bürgerkrieg» zur Aufstandsbekämpfung schreiten müsse. Dies weil die Schweizer Milizarmee einen entscheidenden Schwachpunkt aufweist: sie kann überrascht werden, da sie zuerst mobilisieren und sich organisieren muss, um die Revolution zu bekämpfen.

<sup>49</sup> SPRECHER, Generalstabschef, S. 473.

<sup>50</sup> RÖTHLISBERGER, Standort Wille, S. 121; Wille an seine Frau, 30. Juli 1918 (Wille Archiv Feldmeilen).

<sup>51</sup> VORSCHLÄGE, Unterstabschef, S. 111.

<sup>52</sup> VORSCHLÄGE, Unterstabschef, S. 111.



*Oberst i Gst Claude de Perrot, nach der Ernennung von Oberst Emil Sonderegger zum Kommandanten der 4. Division auf den 8. 6. 1918 zum Unterstabschef der Armee ernannt und mit der Ausarbeitung der Grundlagen des Einsatzes der Armee bei einem Landes-Generalstreik betraut (Abbildung nach Hans Rapold, Der Schweizerische Generalstab – L'Etat-major général suisse, Bd. V. Zeit der Bewährung? Die Epoche um den Ersten Weltkrieg 1907-1924, Basel/Frankfurt a. M. 1988, S. 259).*

Dies führt ihn dazu, im Sinne der Prävention, alle Teilnehmer des Basler Kongresses, «die der Propaganda bei der Truppen für Dienstverweigerung zugestimmt haben zu verhaften und militärgerichtlich zu verfolgen», da «eine Bewegung ohne Führer unmöglich» sei oder «rasch» unterliege.<sup>53</sup> Eine solche Abstimmung gab es nicht und die Weisungen des Oltener Komitees zur Organisation des Landesstreiks halten fest, dass Marschbefehlen Folge zu leisten ist. De Perrot erhofft sich bei einer zeitlich geschickt angesetzten Verhaftung Ruhestörungen, die «leicht unterdrückt werden können»: «Ein Kampf wäre dann unter günstigen Verhältnissen durchzuführen.»<sup>54</sup> Er empfiehlt «geradezu brutales Auftreten» und prophezeit: «Durch das schwächliche Nachgeben vor der Revolution hat unsere oberste Landesbehörde einen grossen Teil ihrer Autorität eingebüsst. Die Majorität des Volkes sehnt sich nach einer starken Hand. Die jetzigen Zustände sind nur das Ergebnis der fortwährenden Konzessionen, die bis jetzt gemacht wurden.»<sup>55</sup> Er reduziert also nicht nur einen möglichen Landesstreik auf eine von ihm phantasierte Revolution, er bezeichnet auch das bisherige Agieren des OAK als Revolution und damit als Organisation, die in jedem Fall militärisch brutal

zu bekämpfen sei. Diese Feindannahmen werden auf der Grundlage des Vorschlagspapiers des Unterstabschef de Perrot vom 31. Juli 1918 nachhaltigen Einfluss auf die weiteren Planungen des Generalstabes haben. Dies zeigt sich in drei Dokumenten, welche im Generalstab ausgefertigt wurden und auf welche Oberst de Perrot unverkennbar seinen militanten Fussabdruck hinterliess: dem Exposé des Generalstabschefs über «Aufgaben und Vorkehren der Armee im Hinblick auf den Landesstreik» vom 31. August 1918, dem «Bericht und den Anträgen des Landesstreik-Kommission an den Bundesrat» vom 7. Oktober 1918 und den «Vorsorglichen Weisungen des Armee Stabes für die Durchführung einer Gegenrevolution» vom 1. Nov. 1918.

<sup>53</sup> VORSCHLÄGE, Unterstabschef, S. 112.

<sup>54</sup> VORSCHLÄGE, Unterstabschef, S. 112.

<sup>55</sup> VORSCHLÄGE, Unterstabschef, S. 113.

Durchwegs wurde davon ausgegangen, dass es um die gewaltsame Unterdrückung einer «eigentlichen gewaltsamen revolutionären Bewegung» und eines «überraschend ausbrechenden Bürgerkrieges» gehe. Es gehe darum, «Umsturzversuche an allen Orten im Keime zu ersticken». Dieser Fall wurde, obwohl unwahrscheinlich, als der «bedrohlichste und schwierigste» eingestuft. Im Sinne von militärischen Bedrohungsgraden, wurde der Standpunkt vertreten, «dass Vorbereitungen, die auf diesen Fall zugeschnitten sind, jedem andern, minder schwierigen Falle leicht anzupassen sein werde.»<sup>56</sup>

Im Bericht des bundesrätlichen Landesstreik-Kommission wurde Generalstreik dann doch nicht ohne Wenn und Aber als Revolution eingestuft, sondern alternativ als «Generalstreik oder revolutionäre Störung der öffentlichen Ordnung», als «Vorspiel einer Revolution», die von den sozialistischen Jungburschen aber dazu benützt werden könnte, «die Schweiz nach russischem Muster zu revolutionieren».<sup>57</sup> Vor dem Hintergrund des halbtägigen Sympathie-Streiks der Zürcher Arbeiterunion für die Lohnbewegung der Bankbeamten seien «Streikausbrüche bald da, bald ... nachgerade an der Tagungsordnung und fast hat es den Anschein, als ob solche Gelegenheiten als Vorproben für den Landesstreik betrachtet» werden, jedenfalls gingen «Generalstreik und Aufruhr Hand in Hand». Sie seien eine «Art Kriegszustand», dem mit ebenso kriegerischen Mitteln zu begegnen sei.<sup>58</sup>

Dem Bundesrat wurden aber auch Kriegslisten empfohlen, so die Spionage im «Kreis der Unruhestifter», die «Einberufung dienstpflichtiger Druckerei -Arbeiter und -Angestellter», aber auch möglichst vieler Wehrpflichtiger um sie dem «Einfluss der Umsturzpartei zu entziehen». Die «Bewegungsfreiheit der Friedenstörer» sei «zu unterbinden» und alle «anarchistischen Führer, in- und ausländischen Agenten und Unruhestifter» seien zu verhaften, zudem sollten «in deren Besitz gelangte Plätze und Objekte mit Gewalt entrissen werden». In jedem Fall solle bei der Ausrufung eines Generalstreiks ein Aufgebot aller Kampfformationen der Armee ohne Fussartillerie erlassen werden. Um das alles zu realisieren, wurde dem Bundesrat empfohlen, zwei entsprechende Erlasse vorzubereiten. Dies beruhigte den Generalstabschef von Sprecher und seinen Unterstabschef de Perrot zu wenig und sie erliessen am 1. November im Sinne des Bürgerkriegs-Papiers des Obersten de Perrot vom 31. 7. 1918 «Vorsorgliche Weisungen des Armeestabes für die Durchführung einer Gegenrevolution»<sup>59</sup>; zu stark war das Phantasma, ein Generalstreik könne gleich in eine Revolution umschlagen.

Diese Weisungen zeigen, dass Generalstabschef von Sprecher und sein Unterstabschef de Perrot nicht mehr von den Ende Juli entwickelten Vorstellungen weg kamen, ein Landes-Generalstreik müsse in eine Machtergreifung führen und die Armee hätte anschliessend in einem Bürgerkrieg eine «Gegenrevolution»

<sup>56</sup> EXPOSÉ, Generalstabschef, S. 130.

<sup>57</sup> BERICHT UND ANTRÄGE, Landesstreik-Kommission, S. 142.

<sup>58</sup> BERICHT UND ANTRÄGE, Landesstreik-Kommission, S. 142.

<sup>59</sup> VORSORGLICHE WEISUNGEN, Armeestab, S. 159.

durchzuführen. Über eine sorgfältige Erkundung der Vorbereitungen und der Aktionsmöglichkeiten des Oltener Aktionskomitees und der lokalen Arbeiterunionen ist nichts bekannt. Diese Weisungen scheinen den Nachrichten über das nahe Ende des Ersten Weltkrieges und dem militärischen und politischen Fall der Mittelmächte geschuldet, ebenso sehr aber einem Aufruf vom 29. Oktober 1918 der Sozialdemokratischen Partei landesweit Revolutionsfeiern zum ersten Jahrestag der russischen sozialistischen Revolution durchzuführen.<sup>60</sup> Der Aufruf mobilisierte nicht nur die Spitze des Schweizer Generalstabs, sondern auch General Wille, zumal der Zürcher Regierungsrat zusätzliche Ordnungsdiensttruppen für die Stadt Zürich beantragte.

Er schlug dem Bundesrat und dem Zürcher Regierungsrat ein ganz anderes Vorgehen vor, als es der Unterstabschef des Generalstabs ausgeheckt hatte. Auch Wille kämpfte mit der Vorstellung, was ein politischer Massenstreik bedeuten mochte, so spricht er in seinem «Generalstreiks-Memorial vom 4. November 1918»<sup>61</sup> zuerst von «Putschen und Tumulten», dann von der in Zürich «latent vorhandenen Disposition zu Krawallen, Generalstreik und Revolution». Auch kann er mit der alarmistischen Stimmung der Bürgerschaft Zürichs und den auf Gewalteininsatz zielenden Weisungen seines Generalstabes nicht viel anfangen: «Auf die erregte Stimmung der Bürgerschaft Zürichs würde ich nach meinem Naturell nicht so grosses Gewicht legen. Ich kann die Gefahr nicht für so gross ansehen und habe auch, um das zur markieren, mein bisschen Vermögen nicht aus dem Tresor der Kreditanstalt geholt, um es in dunkler Nacht im Walde zu vergraben. Aber die Furcht, Generalstreik und Revolution könnten plötzlich ausbrechen, ... ist gerade so bei der Regierung von Zürich, auch hier bei uns vorhanden, wie die vom Generalstab der Armee im Einverständnis mit dem schweizerischen Militärdepartement für diesen Fall ausgearbeitete Instruktion für Organisation der Gegenrevolution und zur Wiedereroberung der von den Bolschewiki besetzten Städte beweist. Bei dieser Sachlage muss auch ich an die Möglichkeit eines plötzlichen, unerwarteten Ausbruchs einer Revolution glauben, ...»<sup>62</sup>. Weil der Zürcher Regierungsrat und der Generalstabschef und dessen Unterstabschef an die Möglichkeit des Ausbruchs einer Revolution glauben, die Konferenzen von Zimmerwald und Kiental das auch schon in Aussicht gestellt hatten, wie Wille bemerkt und sich «zahlreiche, mit viel Geld ausgerüstete Sendboten der russischen Bolschewiki» in der Schweiz befinden, «um die Sache zu beschleunigen», akzeptiert auch Wille die Annahme, eine Revolution könnte ausbrechen.<sup>63</sup> Doch sieht er eine vom Generalstab abweichende Vorgehensweise vor.<sup>64</sup>

Wille setzte den Gegenrevolutionsplanungen seines Generalstabes ein konsequent präventives Vorgehen entgegen: «Vorzubeugen, dass Verbrechen begangen

<sup>60</sup> AUFRUF, Revolutionsfeier, S. 155.

<sup>61</sup> MEMORIAL, Wille, S. 167.

<sup>62</sup> MEMORIAL, Wille, S.170.

<sup>63</sup> MEMORIAL, Wille S. 170

<sup>64</sup> Siehe dazu JAUN, Gravitationszentrum Zürich, S. 194.

werden, ist für die Menschheit viel wichtiger, als den Verbrecher bei der Tat zusammenzuschlagen oder ihn hintendrein an den Galgen zu hängen. ... Wir sollen keinen Kampf, keinen Bürgerkrieg wollen, sondern müssen als Pflicht ansehen, ihn zu verhindern». Um diese Präventions-Strategie umsetzen zu können, verlangte Wille vom Bundesrat, «beförderlich die vier Kavalleriebrigaden und einstweilen noch keine Infanterie aufzubieten» Und: «Ich glaube, dass das blosses Aufgebot der Kavallerie schon genügt, um den verbrecherischen Willen unserer Bolschewiki-Führer niederzuhalten. Kommt es aber doch zur Revolution, und ist die Kavallerie dann nicht stark genug, um sie zu überwinden, so ist sie doch sicherlich stark genug, um das Feld halten zu können, bis rasch aufgebotene Infanterie eintrifft». Die Kavallerie sollte nahe der Stadt einquartiert werden und das Gros sogar mit ihren Pferden nach Hause beurlaubt werden, um bei vermutetem Ausbruch von «Generalstreik und Revolution» ein «telegraphisches oder telephonisches Aufgebot» zu erhalten. Begleitet werden sollte dieses Vorgehen durch ein «Manifest des Bundesrates», welches «klipp und klar für die ruhigen Bürger wie für die Bolschewiki angibt, warum die Brigaden aufgeboten worden sind.»<sup>65</sup> Dies entsprach seinem generellen Grundsatz, dass nichts über die Beachtung legitimer Staatsgewalt und die Pflichterfüllung der Staatsbürger geht. Wer sich ausserhalb bewegt, war ohne politische Rücksichten als Delinquent generalpräventiv durch die Androhung polizeilicher und militärischer Gewalt abzuschrecken. Wille setzte damit auf präventive Gewaltandrohung, ohne darauf zu achten, ob dies beim Adressaten als Provokation aufgefasst werden könnte. Er war von der einschüchternden Wirkung der diskreten Demonstration der militärischen Gewaltmittel überzeugt und rechnete nicht mit robusten Gegenreaktionen.

Bemerkenswert ist die Ambivalenz, welche Wille gegenüber der Vorstellung einer mittels eines Generalstreiks ausgelösten Revolution entwickelt. Potentiell hält er diese seit dem Arbeiterkongress im Juli für möglich, aktuell jedoch für wenig wahrscheinlich. Um seine Strategie der Vermeidung von Gewaltanwendung durch imponierende Gewaltandrohung zu legitimieren, ist er jedoch bereit, die durch Unterstabschef de Perrot formulierte verengende Sicht auf den Ablauf, das Ziel und den Zweck eines Generalstreiks als Revolutionsakt zu übernehmen. Das Mindset der drei führenden Offiziere der Schweizer Armee ist jedoch nur teilweise identisch. Sie identifizieren wohl einen Generalstreik als Bedrohung und die Armee als Abwehrinstrument, aber in der Beurteilung der Wahrscheinlichkeit, der Auslösung, der Möglichkeiten der Streikenden und der Vorgehensweise der Armee weichen der Oberbefehlshaber und der Generalstabschef und sein Unterstabschef voneinander ab.

Als am Abend des 5. November 1918 eine Delegation des Zürcher Regierungsrat mit einer Delegation des Bundesrates und den drei Offizieren zusammentrifft, werden diese Dispositionen aufeinandertreffen und zu einem Entschluss führen, welche die drei Spitzenoffiziere der Armee nicht vorgesehen hatten.

<sup>65</sup> MEMORIAL, Wille S. 174.

## 6. DIE AUSLÖSUNG DES LANDESSTREIKS: TRUPPENAUFGEBOT – PROTESTSTREIK/ STREIK ZÜRCHER ARBEITERUNION – LANDESGENERALSTREIK

Der Machtkampf innerhalb der Arbeiterbewegung und das Phantasma der Armeeführung waren notwendige Bedingungen für den Ausbruch des Generalstreiks. Aber sie vermögen die kurzfristige Dynamik nicht vollständig zu erklären. Als weiteres Element kam die akute Revolutionsangst der Zürcher Kantonsregierung hinzu. Von ihr aus ging die Initiative, massiv Truppen in Zürich zu stationieren. Die entscheidende Sitzung fand am Abend des 5. November 1918 in Bern statt, an dem der Bundesrat, die Armeeführung und die Zürcher Regierung teilnahmen. Der Zürcher Regierungsrat hatte darum gebeten. Er hatte von revolutionären Bewegung im Ausland gehört und hielt «die Situation als sehr ernst»»: «Die bisherigen Putsche zeigen die Gefahr. Man habe den Eindruck, dass nun eine ernstere Aktion in naher Aussicht stehe. Die Polizei genüge absolut nicht mehr. Die ganze Bewegung stehe in Verbindung mit den Vorgängen in Russland.»<sup>66</sup> Offensichtlich ist die Zürcher Regierung akut verunsichert und schwenkt verklausuliert auf die seit dem Arbeiterkongress im Juli gehegten Revolutionsbefürchtungen ein und verlangt vom Bundesrat das Aufgebot von Truppen. General Wille muss Stellung nehmen: er verweist auf sein Memorial, welches das Aufgebot und die Inquartierung von vier Kavalleriebrigaden rund um Zürich vorsieht. Der Zürcher Regierungsrat will aber auch Infanterie haben, weil er sich in der Kaserne verschanzen will. Dem Bundesrat ist das alles zusammen zu viel. Wille beantragt nun zwei Kavalleriebrigaden und zwei Infanterie Regimenter. Generalstabschef von Sprecher will das Doppelte. Bundesrat Camille Decoppet (1862–1925) hält «angesichts des Begehrens von Zürich» das Truppenaufgebot für notwendig: «Möchte aber mit dem Antrage des Generals sich begnügen, um Zürich sicher zu stellen.»<sup>67</sup>

Ausschlaggebend für diesen vom Bundesrat genehmigten Beschluss, soll eine kleine Zeitungsnotiz aus dem Zürcher Volksrecht vom 1. November gewesen sein, die Wille seinem Memorial vom 4. November als Post Skriptum anfügte: «Jugendliche! Benützt die Zeit des Versammlungsverbotes zu eurer Bildung, lest, arbeitet. Macht noch Wanderungen. In Bälde wird der Platzvorstand zu einer Aktion aufrufen. Rüstet euch! Reserviert den 10. November! Der Platzvorstand». Auf diese kleine Notiz hatte ein Geheimpolizist den Sohn des Generals, Major Ulrich Wille (1877–1959), dem Stabschef der in Zürich inquartierten 5. Division, aufmerksam gemacht.<sup>68</sup> «Diese brachte ich sofort Steinbuch<sup>69</sup>, schlug ihm vor, sie im Auto sofort Papa nach Bern zu bringen, traf ihn, als er im Begriff war zur Bundesratssitzung zu gehen, um den noch unentschlossenen Herren sein Verlangen

<sup>66</sup> PROTOKOLL, Bundesrat/Armeeführung vom 5. November 1918, S. 184.

<sup>67</sup> PROTOKOLL, Bundesrat/Armeeführung vom 5. November 1918, S. 184.

<sup>68</sup> Erstmals publiziert in Jaun, Gravitationszentrum Zürich, S. 194.

<sup>69</sup> Hermann Steinbuch (1863–1925), Oberstdivisionär, 1912–1919 Kommandant der 5. Division. Vorgesetzter von Major Ulrich Wille.





Bescheinigung für einen Soldaten, der beim Landestreik in Zürich 1918 zum Einsatz kam: «Füsilier Schaller Josef Bat. 42 ist im November 1918 zum Dienste in Zürich eingerückt, was durch diese Urkunde bescheinigt wird. gez. Oberstdivisionär Sonderegger» (Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich).

nach sofortigem Truppenaufgebot zu wiederholen. Die kleine Volksrechtnotiz soll dabei entscheidend gewesen sein». <sup>70</sup> Gut möglich, dass dieses «Beweisstück» die Bundesratsdelegation endgültig bewog, Willes Antrag zu folgen, «um Zürich sicherzustellen». Mitgespielt haben könnte auch der Umstand, dass Wille das letzte Bataillon, das die Zürcher Linke «überwachte», ins Rheintal verschieben liess, um dort allfälligen Grenzverletzung aus dem Vorarlberg entgegentreten zu können und durch ein anderes ersetzen liess. Zürich war damit für einen halben Tag von Truppen entblösst. <sup>71</sup> Diese Umstände mögen den Zürcher Regierungsrat bestärkt haben nach Bern zum Bundesrat zu fahren und zur dringlichen Bitte geführt haben, eigene kantonale Truppen aufzubieten, was aber von Wille abgelehnt wurde. <sup>72</sup>

Am 6. November marschierten unter dem neuen Platzkommandanten, Divisionär Emil Sonderegger (1868–1934), einem intimen Wille-Schüler, zwei Kavalleriebrigaden und zwei Infanterieregimenter in die Stadt Zürich ein. Weder General

<sup>70</sup> Ulrich Wille 1877–1959: Erinnerungen für meine Enkel, Ms. 1969

<sup>71</sup> RÖTHLISBERGER, Standort Wille, S. 125.

<sup>72</sup> GAUTSCHI, Wille und Landesstreik S. 341–358.

Wille noch Unterstabschef de Perrot erhielten vorerst, was sie sich eigentlich gewünscht hätten: vier Kavalleriebrigaden zur Einquartierung und Beobachtung rund um Zürich als Droh- und Reaktionskräfte bzw. die ganze Armee ohne Fussartillerie, um eine Revolution niederzuschlagen. Anzeichen der seit Monaten phantasierten Revolution liessen sich nur in Zürich lesen. Zürich wurde zum präsumtiven revolutionären Gravitationszentrum, welches das im Klein- wie im Grossformat längst von der Armeespitze gewünschte Truppenaufgebot legitimierte.

Mit dem Segen des Generals zog Platzkommandant Sonderegger in Zürich ein ganz anderes, auf direkte, martialisch demonstrative Einschüchterung der Bevölkerung ausgerichtete Dispositiv auf, als er es noch im Memorial vom 4. November angedacht hatte.

Dies war der Startpunkt der Eskalation, welche über zwei Stationen zur Erklärung des Landesgeneralstreiks führte: der vom OAK ausgerufene landesweite Proteststreik vom 9. November gegen das Truppenaufgebote und in der Verlängerung der Generalstreik der Zürcher Arbeiterunion, welche sich gegenüber dem OAK weigerte, den Streik auf 24 Stunden zu beschränken und den Streik nicht abbrach. Darauf kam das OAK durch die Unberechenbarkeit der Zürcher Arbeiterunion unter Zugzwang und proklamierte auf den 12. November den Landesgeneralstreik, um wieder die Führung über die Streikbewegung zu erlangen. Die Auslösung des Landes-Generalstreiks stand offensichtlich keineswegs mit der letzten erfolgreich durch Verhandlungen abgeschlossenen Bewegungsrunde des OAK. Wie im dritten Abschnitt erwähnt, unterstützten die Verhandlungsergebnisse die merkliche Verbesserung der Lebenshaltung und leitete eine Phase der gedeihlichen Problembewältigung der Versorgung und der Kaufkraftentwicklung ein.

Das OAK war am 6. November 1918, als es in Bern tagte, vom Einmarsch der Truppen in Zürich am selben Tag völlig überrascht worden. Am folgenden Tag rief das OAK nach zähem Ringen, um die organisierte Arbeiterbewegung nicht auseinanderbrechen zu lassen, auf den Samstag 9. November einen 24stündigen Proteststreik aus: «Gegen diese provozierende Massnahme erheben wir schärfsten Protest.» Ausser der Entlassung der Truppen wurden keine substantiellen Forderungen gestellt.<sup>73</sup> Das OAK war in einem «Augenblick, da unsere Bewegung in einem Ruhestadium sich befand» überrascht worden, wie es selbstreflexiv bemerkte. Eine weitere Eskalation war nicht vorgesehen.<sup>74</sup>

In Zürich strebte jedoch die Arbeiterunion eine Eskalation an und liess sich nicht davon abbringen, wie am Arbeiterkongress im Juli in Basel vielfach gefordert, einen Streik mit offenem Ausgang und der Chance eines Regimewechsels durchzudrücken. Bereits am 24. September hatte die Arbeiterunion entschieden, das OAK zu verlassen, um mehr politischen Spielraum für ein radikales Vorgehen zu gewinnen.<sup>75</sup> Nach einer von den Ordnungsdiensttruppen am Sonntag, 10. November, auf dem Fraumünsterplatz aufgelösten, unbewilligten Revolutionsfeier

<sup>73</sup> GAUTSCHI, Landesstreik, S. 255.

<sup>74</sup> AUFRUF, Proteststreik, S. 204.

<sup>75</sup> MATTMÜLLER, Ragaz, S. 398. Nach TRABER, Trämlergeneral, S. 70, verliess die Zürcher Arbeiterunion das OAK schon am 28. April 1918.

331  
260 ZL

# Arbeiter Zürichs!

Der Belagerungszustand, der in Zürich herrscht, macht den Abbruch des Streiks auf den vom schweiz. Aktionskomitee festgesetzten Zeitpunkt für uns unmöglich. Wir führen den Kampf aus eigenen Kräften weiter und sind gewillt, solange auszuharren, bis die Truppen von Zürich zurückgezogen sind und die Arbeiter-Union Zürich die Bewegungsfreiheit besitzt, die sie in normalen Zeiten hatte.

Der Streik dauert auf unbestimmte Zeit weiter, und wird der Unions-Vorstand das schweiz. Aktionskomitee ersuchen, Mittel anzuwenden, um unsern Kampf wirksam zu unterstützen.

**Wir kämpfen um die Befreiung der Stadt von dem Truppenaufgebot.**

**Wiedereinführung der Versammlungsfreiheit.**

**Abwendung von Maßregelungen.**

**Freilassung der politischen Gefangenen.**

**Anerkennung der Sowjetgesandtschaften.**

Jeder Arbeiter und Arbeiterin hat strikte den Beschlüssen nachzuleben. Es liegt in unserem Interesse, daß Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht vermieden werden. Unsere stärkste Waffe ist der andauernde Streik.

Es lebe der Kampf!

**Arbeiter-Union Zürich.**

**Die Gewerkschaften treffen sich in ihren Lokalen Sonntag, nachmittags 1 1/2 Uhr, zu einem Hock.**

---

**Typographia Zürich.**

**Generalversammlung heute Sonntag, vormittags 10 1/2 Uhr, im großen Volkshaussaal.**

91443/28



GEWERKSCHAFTSVORSTAND ZÜRICH

*Aufruf der Arbeiter-Union Zürich den vom Oltener Aktionskomitee ausgerufenen halbtägigen Proteststreik vom 9. 11. 1918 weiter zu führen, bis sie «die Bewegungsfreiheit besitzt, die sie in normalen Zeiten hatte». Diese Aktion nötigt das Oltener Aktionskomitee den Landes-Generalstreik auszurufen (Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich).*

zur Erinnerung an den ersten Jahrestag der russischen Revolution, beschloss diese in eigener Regie den Proteststreik unbefristet weiter zu führen. Sie forderte den Rückzug der Truppen, die Wiedereinführung der Versammlungsfreiheit, die Abwendung von Massregelungen, die Freilassung der politischen Gefangenen und die Anerkennung der Sowjetgesandtschaften. Das OAK musste einsehen, dass die Zürcher Arbeiterunion nicht zu einem Streikabbruch zu bewegen war. In zwei Audienzen beim Bundesrat setzten Vertreter des OAK dem Bundesrat die Lage auseinander und forderten zuerst den Rückzug der Truppen, dann etwas enigmatisch, dass diese «möglichst unter Glasverschluss getan werden».<sup>76</sup> Auf diese Forderung reagierte Bundesrat Felix Calonder (1863–1952) im Namen des Bundesrates «sehr schroff»: «Er breche jede Beziehung zum Aktionskomitee ab.»<sup>77</sup> Gautschi kommentierte diese Eskalation wie folgt: «Durch die unnachgiebige Haltung des Bundesrates einerseits und durch das eigenmächtige Vorgehen der Zürcher andererseits wurde das Oltener Aktionskomitee vor eine neue Situation gestellt. Der Augenblick war gekommen, da sich das Landesstreiksystem, das aufgebaut worden war, ohne weiteres Dazutun in Funktion setzte.»<sup>78</sup> Am späten Abend stellte das OAK auf der Grundlage von Notizzetteln des Vorsitzenden Grimm eilends neun heterogene Forderungen zusammen und erklärte den unbefristeten Landesgeneralstreik. Wie im dritten Abschnitt erläutert, betraf nur eine einzige Forderung die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung.

Auf allen drei Eskalationsstufen – Proteststreik, Zürcher Streikverlängerung, Bruch des Bundesrates mit dem OAK – ist zu beobachten, dass die Regierungsbehörden (Zürcher Regierungsrat und Bundesrat) politische Verhandlungen



*Aufruf des Berner Platzkommandanten Eduard Wildbolz (1858-1932) an die Bevölkerung der Stadt Bern während des Landesstreiks 1919 Ruhe zu bewahren. Während in Zürich der dortige Platzkommandant Emil Sonderegger (1868-1934) durch sein martialisches Auftreten die Linke provozierte, suchte Wildbolz durch Besonnenheit die Ordnung in der Aarestadt aufrecht zu erhalten (Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich).*

<sup>76</sup> GAUTSCHI, Landesstreik, S. 275.

<sup>77</sup> GAUTSCHI, Landesstreik, S. 276.

<sup>78</sup> GAUTSCHI, Landesstreik, S. 276.

signalisierten, aber die Forderung, die Truppen zurück zu ziehen oder gar zu entlassen dezidiert von sich wiesen. Die Führung der Zürcher Arbeiterunion und das OAK proklamierten, durch die Präsenz der Truppen eine Provokation zu erleiden und dehnten diese Proklamation legitimatorisch auf die imaginierte «Arbeiterklasse» aus. Mit der Forderung die Truppen abzuziehen, unterminierte das OAK und die Führung der Zürcher Arbeiterunion in direkter Weise die Strategie der Armeeführung: zeitverzugslos ohne Mobilisierung an den Gravitationszentren des Streiks präsent zu sein und durch diese Präsenz, eine Eskalation bis hin zur Revolution zu verhindern. Das Verhalten der Führung der Zürcher Arbeiterunion und des OAK bestätigte in akuter Weise die in der Planung kultivierte Imagination einer möglichen Revolution und eines anschliessenden Bürgerkrieges. Das Mindset und die Absicht der Armeeführung waren unverrückbar, dies wollten und konnten auch der Bundesrat und der Zürcher Regierungsrat nicht in Frage stellen, zumal von ziviler Seite ähnliche Revolutionsphantasmen gehegt wurden.<sup>79</sup>

Der selbstherrliche Auftritt der Zürcher Arbeiterunion und die hochtrabende Revolutionsrhetorik des OAK gab der Armeeführung mindestens für einige Tage ein Gefühl, mit ihren Feindannahmen nicht komplett falsch zu liegen. Dieses durch die Revolutionsphantasmen präformierte Gefühl verwandelt sich zeitverzugslos in die Gewissheit, einen Revolutionsversuch verhindert zu haben und nährte seit dem letzten Streiktag die Legitimation des Truppeneinsatzes und die Erinnerung an den Landes-Generalstreik. Verstärkt wurden diese zur Gewissheit gewordenen Erinnerungen durch die nachfolgenden lokalen Generalstreiks der Arbeiter-Union Zürich und die Tatsache, dass die grosse Mehrheit der Führung der Zürcher Arbeiter-Union und einzelne Mitglieder des OAK wie Fritz Platten sich den Kommunisten anschlossen.<sup>80</sup> Dies führte seit den Tagen des Landes-Generalstreik zur Sedimentierung des Monate vor dem Landesgeneralstreik im November 1918 produzierten Phantasmas, ein Generalstreik komme einer Revolution gleich. Zugleich führten die Erinnerungen an die Tage des Landesgeneralstreiks zur Ansicht, eine Revolution sei tatsächlich erfolgreich verhindert worden, wie dies etwa der Offizier und nachmalige Militärhistoriker Paul de Vallière (1877–1959) zum Ausdruck gebracht hat.<sup>81</sup>

## 7. SCHLUSS

Die Deutung der Texte des Basler Arbeiterkongresses und der Armeeführung macht es möglich, einen Zusammenhang zwischen den im Vorfeld des Ereignisses Landesstreik entfaltenen Denkbildern des Generalstreiks und der nachfolgenden

<sup>79</sup> FLEINER, Sünden unserer Demokratie, S. 145 u. FLEINER, Warnung, S. 149.

<sup>80</sup> Vgl. HEEB, Zürcher Arbeiterbewegung, S. 268: «In den Jahren 1918 und 1919 setzten die späteren Kommunisten in der damals von ihnen beherrschten Delegiertenversammlung der Arbeiterunion Zürich eine Statutenrevision durch, wonach die bisherige Arbeiterunion in einen Arbeiterrat umzuwandeln gewesen wäre, ...»

<sup>81</sup> DE VALLIÈRE, Umtriebe.

Bildung von Narrativen zu postulieren. Beide Seiten verfügten über oszillierende Denkbilder, die jedoch in unterschiedlicher Weise verengt und geöffnet wurden. In der Armeeführung wird das Bild eines zukünftigen Generalstreiks auf die «gefährlichste und schwierigste Variante» einer Revolution und eines Machtwechsels fixiert, aus der alle Handlungsanweisungen und Massnahmen auch für weniger gefährliche Varianten abgeleitet werden.

Auch das OAK versucht das Denkbild des Generalstreiks zu stabilisieren: als disziplinierte Manifestation, welche als Verhandlungsmacht genutzt werden kann. Die Bandbreite der Radikalität der auf «Kampf» und «Tat» ausgerichteten Unterorganisationen (lokale Arbeiterunions) und die auf Umwälzung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse ausgerichteten Ideologie, welche die Arbeiterorganisationen zusammen hält, zwingt jedoch die Dachorganisation, das imaginierte Potential der revolutionären Intensität des Generalstreiks offen zu halten.

Nach nicht intendierter Eskalation und Ausbruch des Landesstreiks sind beide Seiten mit dem Problem konfrontiert, wie sie ihr Verhalten und Handeln erklären und legitimieren sollen. Dabei greift die Armeeführung auf die «gefährlichste Variante Revolution» und die Arbeiterorganisationen auf den Verelendungsdiskurs und die Notwendigkeit des «Kampfes» und der «Aktion» zurück. Beide Seiten legen dabei während den Tagen des Landesstreiks selbstreferentiell ihre zuvor aufgebauten Bekenntnisse ab. Die dabei aktivierten Imaginationen und Phantasmen werden auch die Erinnerungen und die Narrative der spätestens mit dem Generalstreik-Prozess einsetzenden Geschichtsschreibung vor allen struktur- und ereignisgeschichtlichen Evidenzen prägen.

Wird die Landesstreik-Historiographie seit 1919 betrachtet, ist unverkennbar, dass sich seit den Tagen des Streikgeschehens im November 1918 zwei Narrative entwickelten, die den Interessen der damaligen Kontrahenten entsprachen. Dominant blieb bis zum 50. Jahrestag ein Narrativ, welches sich zum Mythos der erfolgreich unterdrückten Revolution durch die Armee steigerte. Nach 1968 verflüchtigte sich dieses Narrativ und wurde durch ein Verelendungs- und Kulminationsnarrativ abgelöst, welches von der politischen Linken seit den Tagen des Landesgeneralstreik-Prozesses gepflegt wurde. Diesem Narrativ wurde der Weg zur dominanten Deutung in zweifacher Weise geebnet: erstens durch die Untersuchungen von Gautschi, welche vom Erkenntnisinteresse geleitet waren, die Systemverträglichkeit der schweizerischen Arbeiterbewegung nachzuweisen, und zweitens durch die 68-er Bewegung, welche ein Erkenntnisinteresse hatte, den Generalstreik als legitime und zugleich zukunftsweisende Manifestation darzustellen: kein Revolutionsversuch, aber ein zwingendes, wegweisendes Ereignis zur modernen Schweiz.

Während ersteres nicht zu bezweifeln ist, ist letzteres im Hinblick auf die Gedenkfeiern zum 100. Jahrestag des Landesgeneralstreiks einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Dieser Aufsatz hat versucht, im Anschluss an neuere Untersuchungen zur tatsächlichen Entwicklung des Lebensstandards das zur Formel erstarrte Verelendungs- und Kulminationsnarrativ zu korrigieren. Weitere laufende Forschungsprojekte werden mit Sicherheit die vielfältigen

Massnahmen zur Linderung der Versorgungsschwierigkeiten und deren mangelhafte und erfolgreiche Effekte empirisch aufzeigen, ohne dabei in den Duktus und den Jargon der zeitgenössischen Skandalisierung und Politisierung zu fallen.<sup>82</sup> Die hier aufgezeigte Entstehung und Weiterentwicklung des latenten militärischen Konterrevolutions-Phantasmas und der Zusammenhang mit den akuten Revolutionsängsten verschiedenster Bevölkerungskreise, ist näher zu untersuchen. Insbesondere auch die Differenzen zwischen der Deutschschweiz und der Westschweiz; ist doch auffällig, dass mit den Militärs de Perrot und de Vallière zwei Welschschweizer Akteure und Autoren wesentlich zum Revolutionsphantasma und zum Revolutionsmythos beitrugen.

Sowohl die Vorgeschichte wie die Geschichte der Streiktage müssten einer kulturgeschichtlichen Betrachtung unterzogen werden, welche den Diskurs der mit gläubiger Verve vorgetragenen Ideologien und die Vielfalt der ausgetauschten Gesten und Zeichen des realen und imaginierten Machtkampfes innerhalb der Arbeiterbewegung und zwischen Arbeiterbewegung und staatlichen Behörden analysiert und deutet.

*Anschrift der Verfasser:*

Prof. Dr. Rudolf Jaun

Asternweg 5

8057 Zürich

Prof. Dr. Tobias Straumann

Institut für Volkswirtschaftslehre

Wirtschaftsgeschichte

Zürichbergstrasse 14

8032 Zürich

<sup>82</sup> KRÄMER ET AL., Ressourcenkonflikte. Vgl. auch das SNF-Synergia-Projekt «Die Schweiz im Ersten Weltkrieg: Transnationale Perspektiven auf einen Kleinstaat im Totalen Krieg» (Maria Meier, Universität Luzern, Dissertationsprojekt «Die Lebensmittelversorgung in der Schweiz während des Ersten Weltkrieges»).

## BIBLIOGRAPHIE

### *Quellen*

#### AUFRUF, Proteststreik

Aufruf des Oltener Komitees zum Proteststreik, 7. November 1918, in: Willi Gautschi, Der Landesstreik 1918. Dokumente, Zürich 1988, S. 204.

#### AUFRUF, Revolutionsfeier

Aufruf der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zur Revolutionsfeier 31. Oktober 1918, in: Willi Gautschi, Der Landesstreik 1918. Dokumente, Zürich 1988, S. 155.

#### BERICHT UND ANTRÄGE, Landesstreik-Kommission

Bericht und Anträge der Landesstreik-Kommission an den Bundesrat, in: Willi Gautschi, Der Landesstreik 1918. Dokumente, Zürich 1988, S. 137.

#### BUNDESRAT, Neutralitätsbericht

Bundesrat, 11. Neutralitätsbericht, 2. Dezember 1918.

#### EXPOSÉ, Generalstabschef

Exposé des Generalstabschefs über Aufgaben und Vorkehren der Armee im Hinblick auf einen Landesstreik, in: Willi Gautschi, Der Landesstreik 1918. Dokumente, Zürich 1988, S. 130.

#### FLEINER, Sünden unserer Demokratie

Fleiner Fritz, Sünden unserer Demokratie, NZZ 20. Oktober 1918, in: Willi Gautschi, Der Landesstreik 1918. Dokumente, Zürich 1988, S. 145

#### FLEINER, Warnung

Fleiner Fritz an Bundespräsident Calonder, 25. Oktober 1918, in: Willi Gautschi, Der Landesstreik 1918. Dokumente, Zürich 1988, S. 149.

#### HEEB, Zürcher Arbeiterbewegung

Heeb, Friedrich, Aus der Geschichte der Zürcher Arbeiterbewegung, Zürich 1948.

#### MEMORIAL, Wille

Memorial des Generals vom 4. November 1918, in: Willi Gautschi, Der Landesstreik 1918. Dokumente, Zürich 1988, S. 167.

#### OLTENER AKTIONSKOMITEE, Landesstreik-Prozess

Oltener Aktionskomitee (Hrsg.), Der Landesstreik-Prozess gegen die Mitglieder des Oltener Aktionskomitees vor dem Militärgericht 3 vom 12. März bis 9. April 1919, Bern 1919.

#### PROTOKOLL, Arbeiterkongress 1918

Protokoll des Allgemeinen Schweizerischen Arbeiterkongresses, Samstag den 27. und Sonntag den 28. Juli 1918 in der Burgvogtei in Basel, Bern 1918.

#### PROTOKOLL, Bundesrat/Armeeführung vom 5. November 1918

Protokoll der Konferenz des Bundesrates mit der Zürcher Regierung und der Armeeführung vom 5. November 1918, in: Willi Gautschi, Der Landesstreik 1918. Dokumente, Zürich 1988, S. 183.

#### VORSCHLÄGE, Unterstabschef

Vorschläge des Unterstabschefs zur Unterdrückung eines Landesstreiks, in: Willi Gautschi, Der Landesstreik 1918. Dokumente, Zürich 1988, S. 111.

#### VORSORGLICHE WEISUNGEN, Armeestab

Vorsorgliche Weisungen des Armeestabes für die Durchführung einer Gegenrevolution, in: Willi Gautschi, Der Landesstreik 1918. Dokumente, Zürich 1988, S. 159.

#### WILLE, Erinnerungen

Ulrich Wille 1877 - 1959: Erinnerungen für meine Enkel, Ms. 1969

### *Literatur*

#### AUDERSET/MOSER, Krisenerfahrungen

Auderset, Juri/Moser, Peter, Krisenerfahrungen, Lernprozesse und Bewältigungsstrategien. Die Ernährungskrise von 1917/18 als agrarpolitischer «Lehrmeister», in: David, Thomas/Mathieu, Jon/Schauvelbuehl, Janick Marina/Straumann, Tobias (Hrsg.), Krisen – Crises. Ursachen, Deutungen und Folgen – Causes, interprétations et conséquences, Zürich 2012 (Schweizerisches für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 27), Zürich 2012, S. 133–150.



BONJOUR, Schweiz

Bonjour, Edgar, Geschichte der Schweiz im 19. und 20. Jahrhundert, in: Geschichte der Schweiz, hrsg. v. Hans Nabholz, Leonhard von Muralt u.a., Zürich 1937.

BRODBECK, Agrarpolitik

Brodbeck, Beat, Paradigmenwechsel in der Agrarpolitik. Der Erste Weltkrieg und die Agrarmarkttordnungen in der Schweiz am Beispiel des Milchmarktes 1914–1922, in: Langthaler, Ernst/Redl, Josef (Hrsg.), Reguliertes Land. Agrarpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1930–1960, Innsbruck 2005, S. 184–191.

BÜRGI, Soziales

Bürgi, Markus, Erster Weltkrieg: 5 Soziales, Historisches Lexikon der Schweiz, 2015 (<http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D8926.php>, Zugriff, 31. 1. 2016).

COTTIER, Liberalismus

Cottier, Maurice, Liberalismus oder Staatsintervention. Die Geschichte der Versorgungspolitik im Schweizer Bundesstaat, Zürich 2014.

DÜRRENMATT, Geschichte

Dürrenmatt, Peter, Schweizer Geschichte, Zürich 1963.

FENNER, Partei und Parteisprache

Fenner, Martin, Partei und Parteisprache im politischen Konflikt. Studien zu Struktur und Funktion politischer Gruppensprachen zur Zeit des schweizerischen Landesstreiks (1917–1919), Bern 1981.

FENNER, Urteil

Fenner, Martin, Der Landesstreik von 1918 im späteren Urteil, in: Gewerkschaftliche Rundschau, Juni 1981, Heft 6, S. 177–195.

FLORIS, Körpergrösse

Floris, Joël, Körpergrösse, Body-Mass-Index und Geburtsgewichte. Lebensstandard und Anthropometrie in Zürich und Basel 1904–1951, Diss. Universität Zürich (Philosophische Fakultät), August 2015.

GAGLIARDI, Schweiz

Gagliardi, Ernst, Geschichte der Schweiz, Bd. 2, Zürich 1937.

GAUTSCHI, Landesstreik

Gautschi, Willi, Der Landesstreik 1918, 3., durchgesehene Aufl., Zürich 1988.

GAUTSCHI, Dokumente

Gautschi, Willi, Dokumente zum Landesstreik 1918, Zürich 1988.

GAUTSCHI, Wille und Landesstreik

Gautschi, Willi, General Wille und der Landesstreik 1918, in: Fuhrer, Hans-Rudolf/Strässle, Paul Meinrad (Hrsg.), General Ulrich Wille, Zürich 2003, S. 341–358.

GEERING, Handel

Geering, Traugott, Handel und Industrie der Schweiz unter dem Einfluss des Weltkrieges, Basel 1928.

GITERMANN, Schweiz

Gitermann, Valentin, Geschichte der Schweiz, Thayngen 1941.

GRUNER, Arbeiterschaft

Erich Gruner, Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880–1914. Gewerkschaften und Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt: Streiks, Kampf ums Recht und Verhältnis zu andern Interessengruppen, Bd. 2/2, Zürich 1988.

JAUN, Gravitationszentrum Zürich

Jaun, Rudolf, Militärgewalt und das «revolutionäre» Gravitationszentrum Zürich 1917–1918, in: Hebeisen, Erika/Niederhäuser, Peter/Schmid, Regula (Hrsg.), Kriegs- und Krisenzeit. Zürich während des Ersten Weltkriegs, Zürich 2014 (Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich, Bd. 81), S. 185–197.

JOST, Stellenwert

Jost, Hans-Ulrich, Der historische Stellenwert des Landesstreiks, in: Gautschi, Willi, Der Landesstreik, 3., durchgesehene Aufl., Zürich 1988, S. I–XV.

JOST, Robert Grimm

Jost, Hans-Ulrich, Robert Grimm: Persönlichkeit, Leitbilder, Politik, in: Degen, Bernhard et al, Robert Grimm. Marxist, Kämpfer, Politiker, Zürich 2012.

KÄPPELI/RIESEN, Lebensmittelversorgung

Käppeli, Joseph/Riesen, Max, Die Lebensmittelversorgung der Schweiz unter dem Einfluss des Weltkrieges von 1914 bis 1922, Bern 1925.

- KOLLER, Streikkultur  
Koller, Christian, Streikkultur. Performanzen und Diskurse des Arbeitskampfes im schweizerisch-österreichischen Vergleich (1860 - 1950), Wien 2009.
- KRÄMER ET AL., Ressourcenkonflikte  
Krämer, Daniel/Pfister, Christian/Segesser, Daniel Marc (Hrsg.), «Woche für Woche neue Preisaufschläge». Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkrieges, Basel 2016 (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte, Bd. 6).
- KREIS, Insel  
Kreis, Georg, Insel der unsicheren Geborgenheit. Die Schweiz in den Kriegsjahren 1914 - 1918, Zürich 2014.
- KURZ, Grenzbesetzung  
Kurz, Hans Rudolf, Dokumente der Grenzbesetzung 1914–1918, Frauenfeld 1970.
- MATTMÜLLER, Ragaz  
Mattmüller, Markus, Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus, Bd. 2: Die Zeit des Ersten Weltkriegs und der Revolutionen, Zürich 1968.
- MOSER, Ernährungsfrage  
Moser, Peter, Mehr als eine Übergangszeit. Die Neuordnung der Ernährungsfrage während des Ersten Weltkriegs, in: Rossfeld, Roman/Buomberger, Thomas/Kury, Patrick (Hrsg.), 14/18 Die Schweiz und der Grosse Krieg, Baden 2014, S. 172–199.
- RITZMANN-BLICKENSTORFER/SIEGENTHALER, Statistik  
Ritzmann-Blickenstorfer, Heiner/Siegenthaler, Hansjörg, Historische Statistik der Schweiz, Zürich 1996.
- ROSSFELD/STRAUMANN, Einführung  
Rossfeld, Roman/Straumann, Tobias, Zwischen allen Fronten oder an allen Fronten? Eine Einführung, in: Rossfeld, Roman/Straumann, Tobias (Hrsg.), Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmen im Ersten Weltkrieg, Zürich 2008, S. 11-59.
- RÖTHLISBERGER, Standort Wille  
Röthlisberger, Heinz Christian, Der politische Standort von Ulrich Wille, Stäfa 1975.
- SCHNEIDER, Volksernährung  
Schneider, Salome, Die schweizerische Volksernährung vor und während dem Kriege, in: Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft 55, 1919, S. 7–20.
- SPRECHER, Generalstabschef  
Sprecher, Daniel, Generalstabschef Theophil Sprecher von Bernegg. Eine kritische Biographie, Zürich 2000.
- STRAUMANN, Grossunternehmen  
Straumann, Tobias, Zürcher Grossunternehmen im Ersten Weltkrieg, in: Hebeisen, Erika/Niederhäuser, Peter/Schmid, Regula (Hrsg.), Kriegs- und Krisenzeit. Zürich während des Ersten Weltkriegs, Zürich 2014 (Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich, Bd. 81), S. 29-35.
- TRABER, Trämlergeneral  
Traber, Alfred, Ich war der «Trämlergeneral». Rückblick auf mein Leben, bearb. v. Mario Florin, Zürich 2011.
- DE VALLIÈRE, Umtriebe  
De Vallière, Paul, Die revolutionären Umtriebe in der Schweiz von 1916–1919, Schaffhausen 1927.
- VUILLEUMIER, Grève générale  
Vuilleumier, Marc, La Grève générale de 1918 en Suisse, Genève 1977.

